

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohrenspur mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenschatz und Jugend einschließlich Bringerlhaus monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreisbank für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Gesetzliche: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Sprechstunde mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 300.

Dresden, Montag den 29. Dezember 1913.

24. Jahrg.

Die deutschen Herren beschlossen, das im Reichstag des Januars abgeschlossene Abkommen zu genehmigen.

In Österreich haben am Sonnabend über 10000 Handarbeiter und mehrere tausend Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Der französische Kriegsminister stellte einen Höhenreif von 6100 Meter auf.

Aus Sarajevo (Bulgarien) werden revolutionäre Unruhen gemeldet.

Mexiko protestiert gegen die Unterstützung, die Amerikaner den Rebellen geleistet haben sollen.

An der Küste von Neu-Jersey fielen einer Sturmflut viele Menschen zum Opfer.

## Er kann es nicht begreifen!

In seiner Norddeutschen Allgemeinen Zeitung lässt Bethmann-Hollweg eine übelgelaunte Betrachtung über "Das Ende des Jubeljahrs" vom Stapel. Das Jahr war doch so schön, es brachte die großartigen Jubelfestlichkeiten und vor allem die herrliche Militärvorlage und noch allesamt — Sabern. Das Kanzlerblatt vermögt durchaus nicht zu begreifen, daß die Vorgänge, die von Sabern ausgegangen, eine systematische Bedeutung für uns gefährliche militärisierten Zustände haben. Dem Kanzlerblatt erscheint die Entrüstung über Sabern als eine ganz unverständliche Verkrüppelung des deutschen Volkes und die Schuld an dieser Verkrüppelung trägt wieder einmal der von jeder reaktionären Regierung befürchtete Parteigeist. Vor allem ist es die unausstehliche Sozialdemokratie, die das ganze Unheil angerichtet hat. Schmerzlich tönt die Klage des einjamen Bethmann:

"Und nun sollte dieses Jubel- und Spießjahr nicht schließen ohne einen grellen Röhrlauch? Nun sollten wir uns die erhabende Erinnerung an alles Groß, was in diesem Jahre gedacht, empfunden und gelebt worden ist, verflümmeln und verbittern lassen durch einige Zwischenfälle, die mit dem, was sie zu zerstören drohen, wirklich in gar keinem Verhältnis stehen? ... Und nun soll mit einemmal eine Kraft sich aufgetan haben zwischen diesem Volk und diesem Heer, nun sollen unsere Offiziere, diese von der ganzen Welt bewunderten Schmeißer aller Völker, eine wohlsprechende Klaue bilden, die mit unerträglichem Dämon und gefährlicher Willkür in einen feindlichen Gegenlak zum Volk sich stellt? Der Gedanke ist an ungeheuerlich, als daß er auch nur einen Augenblick ernst genommen werden könnte. Weil auf schwierigstem Boden einige Reihungen, einige Ungesetzlichkeiten vorgekommen sind, Ungegesetzlichkeiten, die, wie jetzt schon feststeht und immer feststeht, ihre strengste Sühne finden, deshalb soll die geistige Erneuerung dieses großen Jahres gleichsam noch in der Scheune elend zugrunde gehen? ..."

Dies Gefahrt hat, wenn sie überhaupt ernstlich vorhanden ist, was wir immer noch bezweifeln möchten, daß wirklich nur entstehen können, weil in unheilsicher Stunde der Parteigeist sich dieser an und für sich doch wirklich nicht wehrwenden Vorfälle befreit hätte... Unter diesen Umständen konnte die Sozialdemokratie nichts Willkommeneres erleben als die Gelegenheit, irgendwohin an sich unbedeutsamen Vorfall zu einem Konflikt zwischen Heer und Bürgertum auszubauen. Die Ereignisse von Sabern boten ihr diese erwünschte Gelegenheit, und man kann konstatieren, daß sie sie mit virtuoser Kunst ausgenutzt hat. Wie sie dem Drang zu religiöser Verkrüppelung, der sich in dem großen Erinnerungsjahr geltend macht, durch die Propaganda für die Kustodenberklärungen

entgegenzuwirken sucht, so will sie das laute und freudige Kennzeichen des deutschen Volkes zu seinem Heere jetzt als eine würdige Lebhaftigkeit erscheinen lassen, und damit die große Errungenheit des Jahres ins Herz treiben."

Die trostlose Lage des Herrn v. Bethmann-Hollweg wird gewiß dadurch keine Aufbesserung erfahren, daß sein Blatt den wahrhaft kündlichen Versuch macht, die Entrüstung des deutschen Volkes gegen die Ausschreitungen des Militärikonsums in einem Vorstoß gegen die Sozialdemokratie zu verdrehen. Derartige Verdrehungen können sehr abgedreht, aber im vorliegenden Falle besonders abgeschmackt, sinnesten außer der Sozialdemokratie auch die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien — nicht gern, aber durch die Wucht der Tatsachen gewungen — über die Saberner Geschichtnis und noch mehr über deren bodenmüttige Beschämung durch Kriegsminister und Kanzler in Jahn geraten sind.

Das Kanzlerblatt begeht in seinen Verlegenheiten eine recht grobe Dummkopferei, wenn es im Zusammenhang mit Sabern an die Bewilligung der riesigen Militärvorlage erinnert. Gerade darum sind so weit nicht sozialdemokratische Kreise gleichfalls von Entrüstung ergriffen worden, weil ihnen die großen Bewilligungen für das Heer so schmälerlich mit militäristischem Tun und Trossart gedacht wurden. Das alles vermag Herr v. Bethmann nicht zu begreifen. Für ihn gibt es nur ein Unheil in der Welt — das ist der böse "Parteigeist". Obgleich der göttgewollte Obergeist vertrauen und es ihm in Denunz überlassen, ob sie den Hofsmitte und Reutter und Deimling für ihre Grobheiten vorbeekrämpfen werden will — das wäre die Pflicht eines "guigefünnnten" Volkes. Aber das Kanzlerblatt nutzt melancholische Litaneien jungen, da die Sozialdemokratie das gutgefürnte deutsche Volk so arg verborben hat.

Der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung "Das Ende des Jubeljahrs" findet fast allenfalls in der Presse Ablehnung. Die liberalen Blätter wenden sich gegen den schwermütigen Bureaukratentum, in dem man noch allem Vorangegangenen noch immer zu sprechen magt. Auch das führende Agrarierorgan erklärt, diese "schwermütigen Klagen" lägen „als ob sie nicht mit guten Gewissen geschrieben seien, sondern sie erinnern etwas peinlich an das Sprichwort: „Wer sich entschuldigt — liegt sich an.“ Die konservativen Freunde verlassen das Bethmann-Haus, in dem es, wie sie glauben, nicht mehr viel zu holen gibt.

## Gesegnet sei die Angel!

Die Schießkomödie von Sabern.

Am Sonnabend wurde von Straßburg die Sensationsmeldung in die Welt telegraphiert, daß auf den Wachposten in der Saberner Kaserne, einem Soldaten des südfranzösischen Infanterie-Regiments Nr. 105, von einer Civilperson zwei Schüsse abgegeben seien. Der Civilist sei nach Abgabe der Schüsse geflohen. Die Verbindlichkeit des Täters sei nicht feststellbar gewesen. Die Angelegenheit sei der Staatsanwaltschaft übergeben und auf die Ergreifung des Täters sei eine Belohnung von 600 M. ausgesetzt worden.

Das gesamte reaktionäre Gelächter spülte die Ohren über diese so willkommene Runde. Einiges Besseres hätte ihm nicht zustoßen können. Wie schön könnte sich die Abgabe schärfster

Schüsse auf den Wachposten als nachdrücklicher Beweis für die freveln Gesinnungen der Bevölkerung von Sabern und für die Notwendigkeit eines strammen Militärregiments ausmachen lassen!

Die Zweifelhaftigkeit und Unglaublichkeit der Meldung lag aber von vornherein zu Tage. Und binnen 24 Stunden ist den Reaktionisten auch diese schöne Seifenblase zerplatzt. Die Nachrichten aus Sabern und Straßburg zeigen, daß irgend etwas Ernsthaftes an der Geschichte nicht ist und daß es sich höchstens um einen Dummenjungenstreich handelt:

Sabern, 28. Dezember. Die Untersuchung ergab, daß zwei Soldaten gehört haben, wie die Geschäftsräume im Schlosspark aufgeschlagen sind, doch sind Angestellte nicht gefunden worden. In Sabern berichtete allgemein die Ansicht vor, daß ein Saberner Einwohner die Schüsse nicht abgegeben hat, und der Verdacht wird laut, daß es sich um bestellte Arbeit handeln könnte. Die Frage wird auch erörtert, warum der Gefreite, der einen Mann fortlaufen gesehen haben will, nicht sofort eine Verfolgung einleitete.

Straßburg, 28. Dezember. In Straßburger politischen Kreisen wird der Schießsturm in Sabern nur untergeordnete Bedeutung beigegeben, und man hält sie immer mehr für einen Dummenjungenstreich. Wenn erstmals ein Anschlag auf den Posten beabsichtigt gewesen wäre, so hätte er mit viel größerer Sicherheit hinter der Schlossmauer unternommen werden können. Auch von militärischer Seite wird der Angelegenheit nur die Bedeutung eines törichten Streichs beigegeben. Die Bevölkerung Sabern ist äußerst entzweit, da sie befürchtet, daß durch die Schieberei der Eingang der neuen Truppen wieder hinausgezogen werden könnte.

Eine weitere offizielle Darstellung: Wie sich nach der inzwischen erfolgten gerichtlichen Feststellung herausstellt, ist die Annahme eines Anschlags auf den Posten an der Kaiser durch starke Schüsse ausgeschlossen. Es scheint sich lediglich um einen Sabentreib zu handeln, der darauf hervorriet, daß die Post zu stoppen. Die Belohnung von 600 M. auf Ermittlung des Täters wird aufrechterhalten.

## Der österreichische Militärabsolutismus.

Von unserem Korrespondenten.

III. Wien, 27. Dezember.

Wie aussehende Skandale, die Personen und Persönlichkeiten zum Mittelpunkt haben, und der unaufhörliche nationale Haider geben dem öffentlichen Leben Österreich-Ungarns den falschen Schein stetiger Bewegtheit und leichter Erregbarkeit. Aber bei großen Dingen versagt die österreichische Offenheit völlig, und Gleichmäßigkeit und Stumpfheit antworten auf jeden Versuch, Erregung hervorzurufen für Fragen, die der Erregung wert sind. Das gilt auf keinem Gebiete so vollständig und unabdingt wie auf dem militärischen. Hier fehlt einfach die geistige Vorbereitung. Die Angelegenheiten des Heeres und der Marine werden dem Verständnis und dem Interesse des Volkes ferngehalten durch den funktions eingerichteten Aparat, der verhängnisvoll über das Heeres- und Marinebudget zu beschließen hat; durch die Delegationen. Läßischer und faulauer ist nie eine Methode erproben worden, die Witschung des Volkes so zu gestalten, daß in der Tat die Meinung des Volkes ausgeschlossen bleibt. Die Delegationen werden von den beiden Parlamenten gewählt. In jeder Delegation sitzen neben

aus richtige Angaben, weil eben sämtliches Vermögen und Einkommen auf Grund alien unantastbaren Rechts nicht abgrenzbar ist.

Wenn dieser selbstverständliche Rechtsgrundzustand beibehalten sollte, so ergibt sich unabweisbare Strafnotswendigkeit, sofort in deutsche Reichsverfassung aufzunehmen. Selbstes um so mehr geboten, als deutsches Reich von Preußen, Preußen von mächtigem Adel geschaffen, Reich also in sich zusammenfällt, wenn keiner in heiligen Fleisch angetastet.

III.

Ist das Qualifizierrecht erlaubt?

Verbot Koalitionsrechts, Aufhebung von Gewerkschaften, Annexionation ihres Vermögens wird von Kämpfern häufig getadelt, und an Reichstag und Reichsgericht appelliert. Überzeugt dabei, daß nach altem deutschen Reichsverbot jedes Koalition schweres Verbrechen, daß Leib- und Lebensstrafe angewandt wird denjenigen, welche, wenn die Obrigkeit in Handwerks-Sachen etwas verordnet oder bestraft, sich widerlegen, verbote Komplotten und Aufstand machen, aus der Weisheit treten, sich zusammen rütteln, diejenigen, so sich zu ihnen nicht gesellen, für unehelich erkennen, und dergleichen Vorschriften mehr vornehmen".

War mit hinreichender Zeit, daß lang geduldetem Unzug endlich aufgestellt und geordneter Rechtszustand wieder hergestellt.

IV.

Die polizeiliche Auflösung des Reichstages.

Sehen erfolgte Auflösung Reichstages durch Polizeigewalt wird von Schreibern als ungesehelter Gewaltakt bezeichnet. Wird außer Augen gelassen, daß nach allgemeinem Preußischen Landrecht niemand befugt, sich selbst Recht suchen, sondern in vorgescheiteten Zuständen vorgelegte Behörde submissiv anzugehen.

Reichstag stellt dann nach ungültiger Einigung in Ordnung aller Angelegenheiten durch gottgelehrte Obrigkeit der, und ist, nach

## Rechtsgutachten für 1914.

Von Dr. jur. Krafft v. Jagow.  
(Mitgeteilt von Kurt Eisner.)

I.

### In Sachen: preußisches Wahlrecht.

Die preußische Presse beruft sich auf Königsurteil, um Absturzung des Wahlrechts beweisen zu können. Ministerpräsident hätte, statt mit Feuer spielen und Pöbel zugelassen zu lassen, energisch vor Rechte Sr. Majestät des Königs treten müssen. König von Preußen kann daher in Souveränität auch nicht durch eigene Verpflichtungen bestreikt werden. Somit Absturz in Demokratie. Ist somit ungültig, daß König an sogenannte höchste Versprechungen gebunden; einer Grundfaß, der übrigens in Edict vom 3. Februar 1702 ausdrücklich anerkannt, das niemals aufgehoben, aber auch dann, wenn nicht mehr gültig sein sollte, in Interesse Erhaltung Staats sofort gefestigt wieder eingeführt werden müßte.

Ist somatisch zweifellos, daß König nicht nur nicht Versprechen zu erfüllen braucht, sondern nicht einmal darf, um nicht Anschein zu erwecken, daß Majestät Souveränität vor Ansprüchen Banalität preisgeben.

Politische Notwendigkeit sowie herrschender Rechtszustand fordert dennoch, daß gerade weil sogenanntes Versprechen auf Anerkennung preußischen Wahlrechts vorliegt, seßhaft niemals geändert werden darf, um Grundlage Monarchie, Souveränität nicht erschüttern.

Heraus folgt, daß sogenanntes Versprechen, aus das sich gewisse Presse beruft, sicherlich Königreich für Erhaltung preußischen Wahlrechts bestreikt.

II.

### Zur Hintergabe des Wehrbeitrags.

Die Verteilung des Wehrbeitrags ist hierher von Spar-

wis wegen Hintergabe des Wehrbeitrags beruht auf falschen Vorstellungen, worauf zweite Instanz geziemend Rücksicht nehmen haben wird.

Es selbstverständlicher Rechtsgrundzustand, daß erworbenen Rechte nicht ohne Zustimmung Besitzer aufgehoben werden können. Landtag-Edict vom 26. Juli 1653 (Thylus, Corpus Constitutionum Marchiarum VI, 1-3, S. 425 ff.) besagt ausdrücklich: „Wie Friedrich Wilhelm pp. gelebt und sagen zu, für uns, Unse Leben und Nachkommen, ermehrte Unsere Getreuen Landsstände somit und sondern, bei Ihnen Privilegien, Freiheiten, Wehrgebrächen, Rechtigkeiten, Recht, Gewalt und Possession ungebunden und unbedingt zu lassen, Sie auch Insonderheit den den Alten Thürifl. Rechten und in spezie den Rechten von anno 1572 eo. 1602 eo. 1615 und die Rechtsmäßige und Incorporate Stände den Ihren Rechten den anno 1611 und 1614, zu schaffen und zu handhaben, und darüber jederzeit, steif, fest und unverbrüchlich zu halten.“ Eben da wird verfügt, „es sollen auch keine Edicts, so denselben zuwiderräsonen, publiziert werden“.

Wichtigstes jener Privilegien aber ist Steuerfreiheit preußischen Adels. Darauf widersetzt Wehrbeitragsgesetz, sofern Edict einbezogen, Landtag-Edict vom 26. Juli 1653, wonach keine Edict, die bestimmten Privilegien widersetzen, jemals publiziert werden sollen.

Wohrer Patriotismus, den preußischer Adel aufzufordern mit Gut und Blut bestreikt, verbietet mithin, durch Entziehung, hinsichtlich Wehrs rechtsvergänglichen Wehrbeitrags, Grundlage preußischer Wehrhaft unterzuhalten.

Wenn sonach Freiherr von Spiegel bei Veranlogung Wehrbeitrags angab, keinerlei beitragspflichtiges Vermögen und Einkommen bestehen, obgleich Eigentümer von 20 000 Hektar Landes, so mußte derselbe im Sinne Landtag-Edict vom 26. Juli 1653 durch

aus richtige Angaben, weil eben sämtliches Vermögen und Einkommen auf Grund alien unantastbaren Rechts nicht abgrenzbar ist.

Wenn dieser selbstverständliche Rechtsgrundzustand beibehalten sollte, so ergibt sich unabweisbare Strafnotswendigkeit, sofort in deutsche Reichsverfassung aufzunehmen. Selbstes um so mehr geboten, als deutsches Reich von Preußen, Preußen von mächtigem Adel geschaffen, Reich also in sich zusammenfällt, wenn keiner in heiligen Fleisch angetastet.

III.

Ist das Qualifizierrecht erlaubt?

Verbot Koalitionsrechts, Aufhebung von Gewerkschaften, Annexionation ihres Vermögens wird von Kämpfern häufig getadelt, und an Reichstag und Reichsgericht appelliert. Überzeugt dabei, daß nach altem deutschen Reichsverbot jedes Koalition schweres Verbrechen, daß Leib- und Lebensstrafe angewandt wird denjenigen, welche, wenn die Obrigkeit in Handwerks-Sachen etwas verordnet oder bestraft, sich widerlegen, verbote Komplotten und Aufstand machen, aus der Weisheit treten, sich zusammen rütteln, diejenigen, so sich zu ihnen nicht gesellen, für unehelich erkennen, und dergleichen Vorschriften mehr vornehmen“.

War mit hinreichender Zeit, daß lang geduldetem Unzug endlich aufgestellt und geordneter Rechtszustand wieder hergestellt.

IV.

Die polizeiliche Auflösung des Reichstages.

Sehen erfolgte Auflösung Reichstages durch Polizeigewalt wird von Schreibern als ungesehelter Gewaltakt bezeichnet. Wird außer Augen gelassen, daß nach allgemeinem Preußischen Landrecht niemand befugt, sich selbst Recht suchen, sondern in vorgescheiteten Zuständen vorgelegte Behörde submissiv anzugehen.

Reichstag stellt dann nach ungültiger Einigung in Ordnung aller Angelegenheiten durch gottgelehrte Obrigkeit der, und ist, nach



Montag den 29. Dezember 1913

hier nicht, da es dem allgemeinen Interesse mehr entspricht, daß eine polizeiliche Nebertretung augenblicklich unerfüllt bleibt und erst später eine etwas klüger zur Folge hat, als daß ein Konflikt zwischen Offizieren und Polizeibeamten herbeigeführt wird.

Das heißt also klipp und klar: lieber einen Offizier laufen lassen, als durch das Einschreiten die Uniform Staatlichkeit zu kompromittieren. Gegen einen Offizier darf laut der Kölner Dienstvorschriften die Polizei überhaupt nur dann einsetzen, wenn „er ein Verbrechen begeht und (2) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit Gefahr im Verzuge ist“.

Aus diesen Vorschriften für die Kölner Polizisten spricht jenseits echtpreußische Weis, den wir im Verlauf der Fabrikeraffäre so reichlich zu bewundern Gelegenheit hatten. Wer einen Offiziersrat anhat, wird damit nach der preußisch-militärischen Auffassung, die auch die ganze Verwaltung bereitstellt, zu einem Menschen ganz besonderer Art. Vor ihm muss selbst die hohe Polizei blassen machen, der doch sonst alles, was in Preußen-Deutschland Menschenartig trägt, wieder geschlossen untertan sein muss.

#### Das staatskommunistische Zentrum.

Die staatskommunistische Richtung des Zentrums, die sogenannten Kölner, verlässt keine Gelegenheit, der Regierung ihre Regierungsfähigkeit zu dokumentieren. In einer Petition gegen die Nördner-Lippesdorfer Richtung weist die zentrale Volkszeitung in ihrer Nummer vom 27. Dezember die Vorwürfe wegen der Bewilligung der Militärvorlage, gegen die die Zentrumspartei nicht einmal die Aufhebung des Fechtengesetzes habe eingutachten vermögen, wie folgt zurück:

„Stets hat das Zentrum und besonders sein älterer Vindhorst gegen eine solche lediglich der Leidenschaft dictierte Politik sich verwehrt, und niemals ist das geringlich geschehen, um solchen Bestrebungen nachzugeben. Von dieser festen Tradition des Zentrums wird auch die heutige Zentrumspartei niemals ablassen, selbst wenn der Staat die Kirche untersetzt. Wenn auch unter den heutigen Verhältnissen der katholische Volksteil in seinen religiösen Gefühlen in der manigfältigsten Weise gesträubt ist, so kann daraus doch nun und nimmermehr die Verachtung hergeleitet werden, mit dem Staat ein Unrecht zu tun. Im Gegenteil, wenn die Katholiken für sich auf religiösem Gebiete Recht verlangen, so müssen sie um so mehr darum bedacht sein, auf staatlichem Gebiete dem Staat kein Recht zu geben. Der Heiland hat in demselben Atemzuge gesagt: „Gebe dem Kaiser, was dem Kaiser ist und Gott, was Gott ist. Er hat nicht gesagt: Gebe dem Kaiser, was des Kaisers ist, wenn der Kaiser Gott gibt, was Gott ist.“ Die Katholiken gegen den Staat sind ebenso im letzten Grunde revolutionärer Art, wie die Katholiken gegen die Kirche, denn beide, sowohl der Staat wie die Kirche, entsprechen der göttlichen Schöpfung.“

Diese staatskommunistische Aussaffung des Zentrums ist genau so alt, wie die ausschlaggebende Stellung des Zentrums in der Reichspolitik. Jahrzehntlang und noch bis 1893 war dem Zentrum der göttliche Charakter unserer Staatsordnung unbekannt, denn das Zentrum hat in jener Zeit mehr als einmal Militär- und Flottenvorlagen abgelehnt und sich nicht zum wenigsten deswegen die Bezeichnung einer rechtsfeindlichen Partei zugezogen. Wenn es heute eine andere Haltung einnimmt und dafür Gründe seiner Religion geltend zu machen meint, so zeigt das nur, daß auch bei den Jesuiten kein Ding unmöglich ist.

#### Der preußische Staat.

In einer Sonderausgabe veröffentlicht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Entwurf des preußischen Staatshaushalts für 1914. Der Entwurf sieht in Einnahme und Ausgabe mit 4846 Mill. Mark übertragen also ganz erheblich den Staat des Reiches. Die Einnahmen Preußens sind so günstig, daß von einer Anteile abgesehen werden kann. Die Staatskasse Preußens beträgt 10 856,5 Mill. Mark, der aber gewaltige verdeckte Anlagen, wie z. B. Eisenbahnen und Bergwerke, als Werte gegenüberstehen, im Gegensatz zu den Zentralen des Reiches, die für rasch vergangliche Dinge ohne bleibenden Wert gemacht worden sind.

Konservativer für Konservative. Im Freien Volk behandelt S. v. Gerlach in einem Artikel den Rechtsabmarsch des Liberalismus im Jahre 1913. Von Cossels Rückgang bis zur Stelle Wiemers überholt hat sich der Liberalismus eigentlich nur in der Verleugnung seiner eigenen Grundsätze bestätigt. So sagt v. Gerlach:

Er kann dem Sündenbücher des Liberalismus ein neues Datum einfügen: Im Reichstagswahlkreis Jerichow I und II findet nunmehr die Erfolgswahl statt, da die Wahl des bisherigen Abgeordneten des Sozialdemokraten Haupt, vom Reichstag für ungültig erklärt worden ist. Jetzt hat der Fortzuhörer der fortgeschrittenen Volkspartei in Sennin erklärt, daß die Sozialpartei gegebenenfalls bei einer Stichwahl für den konservativen Kandidaten eintreten werde.

kleine politische Nachrichten. Aus Stockholm wird gemeldet, daß man in dorthin informierten Kreisen der Front nicht antreibt, Baron Rolf Stromberg, der sich mit seiner Gattin mehrere Monate in Asynd aufgehalten hat und in Zusammenhang mit den letzten russisch-schwedischen Spionageaffären gebracht wurde, habe nicht in russischen, sondern in deutschen Diensten gestanden. Man sagt, daß das Théâtre Stromberg für Deutschland die Weisheit Schwedens ausgedundet habe. — Nach Städter Nachrichten reuerten die Marokkaner von neuem auf den gestrandeten englischen Dampfer Lubgate. Der spanische Kreuzer Valencia setzte sofort Marinesoldaten aus, die mit Maschinengewehren die Korvetten angriiffen. Ein an Bord des Kreuzers aufgestellter Scheinwerfer leuchtete den Soldaten bei dem Kampf große Dienste, denn es gelang, dem Feinde schwere Verluste hinzubringen und ihn in die Berge zu jagen. Die Besatzung des Dampfers blieb unverletzt.

#### Ausland.

##### Österreich-Ungarn.

###### Die Krise im kroatischen Landtag.

Nigram, 27. Dezember. Nachmittags sollte nach dem Willen der Majorität der neuéröffnete kroatische Landtag sich zur Konstituierung versammeln. Ein Kustos forderte Misericordia auf, den Präsidenten zu verlassen, da er sich weniger seinen Funktionen als Vertreter zu entsprechen und die Sitzung zu eröffnen. Da die Kustos (Vaterpartei) Lust ist in den Saal, er werde jeden erwirken, der sich an den Alterspräsidenten heranwage. Trotz des ungeheuren Drucks, der fast eine Stunde andauerte, konnte es die Opposition nicht verhindern, daß Kustos den Vorsitz übernahm. Die einzelnen Referenten erklärten in dem ungeheurem Raum ihre Berichte, die unter lautem Beifall und Handklatschen der Majorität und tosendem Lärm der Opposition zur Kenntnis genommen werden. Sämtliche eingesetzten Mandate werden für gültig erklärt, mit Ausnahme von vier, die als ungültig bezeichnet werden. Während die Abgeordneten der Majorität den Referenten des Wahlbehördenausschusses Kustos spenden, ergehen die Mitglieder der Stadtwahlpartei in Schmähungen gegenüber der Majorität. Schließlich erklärt Alterspräsident Kustos, daß die Sitzung bis auf weiteres unterbrochen ist.

Nigram, 28. Dezember. Im Landtag wurde um 2 Uhr nachts unter ohnehin lärmendem Lärm von Seiten der Opposition die Konstituierung vorgenommen. Zum Präsidenten wurde Bogdan Medveditsch gewählt, welcher auch in den zwei letzten Landtagen präsidiert hat. Nach der Wahl des Präsidenten hörte die Opposition mit dem Lärm auf, da jetzt die strenge Geschäftsaufordnung in Kraft war. Um 3 Uhr früh wurde die Sitzung geschlossen.

##### Ein politischer Prozeß.

In der ungarischen Stadt Marmarosz liegt, die nahe der galizischen Grenze liegt, beginnt heute die Verhandlung gegen Alexander Rabahau, auch Peter Alekijus genannt, und 180 Kossaken wegen russischer Umrüste. Dem Rabahau, der südländisch ist, und 25 seiner Genossen wird vor dem Hof gezeigt, sich der Aufreizung und des Aufstandes schuldig gemacht zu haben, und zwar dadurch, daß sie im Zusammenhang mit dem Grafen Blasimic Bobolinski, Präsidenten des Volkswohlfahrtvereins des russischen Volksbundes, seiner im Einvernehmen mit den österreichischen Einwohnern, dem Grafen Geraschka, dem Advozaten Dr. Alexander Geraschka und dem Ingenieur Georg Geraschka, die von griechisch-katholischen Katholiken bewohnten Landgebiet unter russische Herrschaft zu bringen trachten. Zu diesem Zwecke sollen sie auf Märkten und auf Kirchweihfesten der Name Marmarosz, Ugoča und Berea mit materieller Unterstützung des Peški Bürger Vereins der galizischen Katholiken verschleierte Flugschriften und Plakate verbreiten haben, in denen der russische Nationalgedanke und die griechisch-nicht-unterkirchliche Kirche gepredigt, die griechisch-katholische Konfession und deren Brüder sowie die ungarische Nation und die Behörden des ungarischen Staates geschmäht und zum Haß gegen diese aufgerufen wurden. Die übrigen Angeklagten sind der Weinbau durch Verbreitung der Schriften und Lebens beschuldigt. Diese Bewegung besteht schon viele Jahre. Rabahau, der ursprünglich Waldbauer war, wurde Missionsarzt und nach seiner Trennung aus dem Berufe ausgewandert.

##### Frankreich.

###### Unordnung.

Paris, 27. Dezember. Ribot sitzt im Senat heftige Kritik an der finanziellen Lage, von der er sagt, daß sie mit einem einzigen Wort als Unordnung zu bezeichnen sei. (Bellard.) Ribot verlangt sodann von der Regierung, daß sie den Schändlichkeit der heutigen Verwaltung hindere, die fortwährende Ausgaben zu machen, ohne dazu berechtigt zu sein. Er glaubt, daß die Anteile nicht auf unbestimmte Zeit vergeben werden können. Er wolle, daß sein Zusicherung in der äußeren Politik eintreten werde. Europa sei friedlich gesinnt. Die gegenwärtige Lage der Finanzen würde jedoch nicht länger dauern. Er hofft es nicht für möglich, so schnell eine Steuer auf das Vermögen zu verhängen, wie in Deutschland, wo bereits eine Benützungserlaubnis besteht und wo die Steuerzahler an ein streng kontrolliertes Steuerauszahlungssystem gehalten werden.

Darauf forderte Finanzminister Gaillaud die finanzielle Lage und rief nach, daß ein Defizit von 704 Millionen bestünde. Das Budget für 1915 würde ein Defizit von 450 Millionen aufweisen, nicht eingerichtet die Ausgaben für Marokko. Die außerordentlichen militärischen Ausgaben würden ein die Voranschläge überschreiten, die Ausgaben zur Verstärkung der Flüchtlinge, die nach dem ersten Entwurf auf 420 Millionen berechnet waren, würden auf 920 Millionen sich belaufen. Ferner erinnerte der Minister an die noch ausstehenden Ausgaben zur Ausführung des Dreijahresgesetzes und für die Marine. Eine Liquidation könnte sehr unvermeidlich. Die Regierung wolle eine solche mit kurzfristiger Amortisation aufnehmen und das Anleihegesetz nach Auffüllung des Programms für die Ausgaben einbringen. Man müsse zu einem regelrechten Budget zurückkehren, um einige Ungunstigkeiten für die Zukunft zu vermeiden. Die Regierung sei beschäftigt, ein Programm für die notwendigen Ausgaben aufzustellen. Man müsse einer neuen Belastung von 600 Millionen ins Auge sehen. Die Einkommenssteuer werde 100 Millionen ergeben. Für den Rest müsse man die ersten Opfer von den günstig gestellten Klassen verlangen.

##### Brands Gruppe.

Paris, 28. Dezember. Eine gestern auf Anregung von Brand und Barthou gegründete Gruppe wird wahrscheinlich den Namen „Union sociale et démocratique“ annehmen. In traditionellen Kreisen erklärte man, daß die neue Gründung offenbar gegen die geringen Radikalen gerichtet sei und natürlich auch nicht darauf rechnen könne, Anhänger in den Kreisen der geringen Sozialisten oder der republikanischen Sozialisten zu finden. Sie werden sich also ausschließlich aus den Mitgliedern der Gruppe demokratische und demokratische und demokratische Gruppe einschließende Vereinigung in den bestehenden Parteigruppierungen des Parlaments herbeiführen. Im Verlaufe der gestrigen Versammlung erklärte Brand: Die Vereinigung werde jeder Partei ihre Selbständigkeit lassen, sie alle umfassen und nach einer gemeinsamen Richtung orientieren. Brand wies mit Nachdruck darauf hin, daß er gegen niemanden feindselig gesinnt sei und nicht draufsteht, die Regierung oder die Partei der geringen Radikalen, von der er sich nur durch die Methode unterscheidet, eine Riedelung zu bereiten. Er habe ein Programm der sozialen sozialen Reformen. Brand huldigte dann einer bevorstehenden Wahlkampagne an, die er mit Barthou, Cheron u. a. unternehmen werde. Er werde sich ohne Unterschied der Partei an alle für die Laienschule und für die soziale Gerechtigkeit eingenommenen Republikaner wenden.

##### Serbien.

###### Die Radikale Gruppe.

Belgrad, 28. Dezember. Ministerpräsident Vassiljitsch erklärte, nach einer Mitteilung, gehemmt vom König, dem König Verbot über den Verlauf der vorigestrichenen Sitzung der Stupchina und unterstellt daran die Demission des gesamten Kabinetts, der König nahm jedoch die Demission nicht an, verabschiedete dem Ministerpräsidenten sein volles Vertrauen. In der nachmittags abgehaltenen Sitzung der Regierungspartei erklärte der Ministerpräsident ein ausführliches Exposé, worin er insbesondere die auswärtige Lage schilderte, die sehr ernst sei. Nach der Rede des Ministerpräsidenten entwidete sich eine lebhafte Debatte, in der die Reden der Regierung das Vertrauen ausprobierten und den Runsch äußerten, die Regierung möge auch weiter im Amt bleiben und erforderlichst eine Einigung mit den Jungradikalen anstreben.

##### Bulgarien.

###### Unterhafen in Varna.

Paris, 28. Dezember. Über erste Ruhestörungen, die sich Mitte der Woche in Varna (Bulgarien) ereigneten, sind jetzt hier nähere Berichte eingetroffen. Die Untuhaben trugen einen aufgespannten sozialrevolutionären Charakter. Die geplante Riedelung wurde sich an den Gouverneur, doch wollten die Soldaten gegen die Flünderer der Untuhaben nicht eintreten. Eine Anzahl schwerbewaffneter Personen aller Gesellschaftsschichten liegt in den Spülern. Während der Aufschreien erlitten die Aufseher: „Nieder mit dem König! Hoch die Republik!“

##### Ministerkrisis.

Sofia, 28. Dezember. Nachdem die Demission General Gavrilovs als endgültig angesichts ist, haben die Verhandlungen mit den gemäßigten Sozialisten und der Partei Radikalow ein befriedigendes Ergebnis gezeigt. Beide Parteien sagten ihre Unterstützung bei der Errichtung der Staatsnotwendigkeiten zu. Am folgenden Tag wird am Donnerstag die Eröffnung des Parlaments vor sich gehen können.

#### Der Herr Landrat als Zeitungsverleger.

Den Jüngern ging bei den letzten Reichstagswahlen neben anderen Kreisen in Ostpreußen auch der Wahlkreis Insterburg-Gumbinnen verloren. Selbstverständlich suchten die Konservativen sofort nach Mitteln und Wegen, um den Kreis zurückzuerobern. Vor allem waren sie bestrebt, sich ein

Blatt zu schaffen, das für ihre Politik unbedingt eintrat. Es gab es in Insterburg ein konservatives Organ, das Ostpreußische Tageblatt, das dem Verleger Alfons de Reffé gehörte. Aber die Jüngern waren wohl mit Herrn de Reffé nicht ganz auf einer Linie, ins Leben gerufen, an deren Gründung der Landrat des Kreises ebenfalls beteiligt ist. Erst kürzlich hat er angegeben, daß er sich mit 2000 M. an der Gründung beteiligt hat, und in der Gründungsversammlung hat er — nach den bisher widersprüchlichen Angaben des Herrn de Reffé — den „protestischen Vorschlag“ gemacht, jeder Gemeindevorsteher nehme fünf Anteile zu 100 M. einen behalte er und die anderen bringe er im Dorfe unter. Natürlich wurde auch der amtliche Apparat zur Gewinnung von Abonnenten für das neue konservative Blatt in Bewegung gesetzt.

Darüber wurde der Herr de Reffé aus freigemeindlichen Gründern wild, er sekte sich hin und verachtete über das Treiben der Konservativen eine Broschüre, die in einer Auflage von 10 000 Exemplaren in die Öffentlichkeit gelangen sollte. Als die konservativen Herren davon Kenntnis erhielten, lenkten sie ein und konnten Herrn de Reffé Zeitung und Verlag für schweres Geld ab. Sie hatten so in einem Ort zwei konservative Zeitungen. (11)

Als dann der Herr Landrat wegen der von ihm veranlaßten amtlichen Propaganda für das neue konservative Blatt in der Presse angegriffen wurde, versammelte der Kreisrat die Kreisangehörigen und ließ dem Herrn Landrat ein Vertrauensvotum ausspielen. Jetzt ist der Vorrangs in der Lage, aus der bisher nicht veröffentlichten, von den Jüngern so gefürchteten Broschüre des Herrn de Reffé einiges zu veröffentlichen. In dem Schlusswort der Schrift heißt es:

„Ich würde mich an die Öffentlichkeit mit der Sache und Unterstüzung in der weiteren Auseinanderstellung halten.“

Wohl habe ich angenommen, daß das Organ meiner Bewegung in einem kurzen Konkurrenzkampf mit mir treten würde, doch man aber die Schwäche haben würde, mit dem Apparat der Antisemitischen und Kiriendienner Abonnenten für die konservative Warte zu pressen und nach der Art von Straußdienben in ein entsprechendes Eigentum einzubrechen, das hätte ich nicht einmal in Russland, geschweige denn bei uns im angeblich gesitteten Preußen für möglich gehalten.

Herr de Reffé weist dann auf eine Bemerkung der Deutschen Tageszeitung hin, die sich darüber fürchtetlich aufgeregt hatte, daß ein Berliner demokratisches Blatt eine Anzahl Bürgermeister erhalten habe, ihm Adressen von Leuten angegeben, die den Vertrieb des Blattes übernehmen mühten. Dann schreibt er:

„Hier werden die Oberförster und sonstigen nachgeordneten Beamten des Landratsamtes direkt in den Dienst eines privaten Unternehmens gestellt, sie müssen von ihrem Chef und Vorgesetzten abhängig und angeleitet im Bureau des Landratsamtes, zum Schaden eines anderen Unternehmens für das Organ des Landrats und Zeitungsverlegers arbeiten.“

Auf dem königlichen Landratsamt zu Insterburg wird also der Name des Königs zu privatgeschäftlichen und parteipolitischen Zwecken missbraucht, lehrt er noch dazu in törichter Verkenntnis des Privatinteresses, das vom Spalten und Entzweitern keinen Nutzen hat.

„Ich klage den königlichen Landrat Adolf Oberweg, der die Verantwortung dafür trägt, hiermit dessen an!“

Die Entrüstung des Herrn de Reffé, der in langen Jahren der konservativen Sache gedient hat und sich jetzt schmälerlich mißhandelt sieht, ist ja durchaus begreiflich. Für uns ist es ja nichts Neues, daß die Herren Landräte in Ostpreußen sich als unumstönsche Herrnen ihres Gebietes fühlen und deshalb auch gar nichts dabei finden, den ganzen amtlichen Apparat in den Dienst ihrer politischen oder privaten Interessen zu stellen.

#### Letzte Telegramme.

Der Prozeß gegen Oberst v. Reutter und Horstner.

Strasburg, 29. Dezember. (Privattelegramm.) Die Verhandlung gegen Oberst v. Reutter und Leutnant Schadt ist auf den 6. Januar, vormittags 9 Uhr, festgesetzt worden.

Polnisch-Sozialistischer Parteitag.

Kattowitz, 29. Dezember. (Privattelegramm.) Die Verhandlungen des Parteitages der Polnisch-Sozialistischen Partei brachten die Annahme der bereits mitgeteilten Resolution. Dann begann die Debatte über die Gewerkschaftstage, die bis nach Mitternacht dauerte. Oberholz griff Diamentow in die Verhandlung ein, um vor dem Separatismus zu warnen, aber ohne Erfolg. Es wurde der Beschluss gefasst, eine polnische sozialistische Gewerkschaft zu gründen. Die Organisation soll von vornherein als politisch bei den Arbeitern angemeldet werden. Die Statuten, die schon fertig vorlagen, fanden Annahme. Auch der Vorstand wurde gewählt.

Die französische Militärmision in Griechenland.

Paris, 29. Dezember. Eggers meldet aus Athen, daß die Befugnisse der französischen Militärmision entsprechend der Neugestaltung des griechischen Heeres beträchtlich vermehrt worden seien. Der Leiter der Mission, General Dubois, kommandierte das Armee-korps von Athen, das ein Motorkorps bildet und gewissermaßen als Ausbildungsschule für sämtliche Offiziere dienen sollte. Alle Rekrutierungs- und Dienststabilitäten dieses Korps, das auch die höhere Kriegsschule sowie die beiden Militärschulen umfaßt, werden von französischen Offizieren besichtigt und geleitet werden, ebenso die Kavallerie, Genie- und Artillerietruppen in Mazedonien; von den in Salonicke wohnenden Offizieren der französischen Mission befähigt werden. General Dubois auch die Befehle haben, im Auftrag des Königs die übrigen Truppenkörper zu befähigen und so auf die gesamte Armee einen wirksamen Einfluß ausüben.

Die Hungerkrisis in Japan.

Tokio, 29. Dezember. Aus den Provinzen Tomori und Hakkaido kommen Einzelheiten über die

## Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstrasse 2 \* Telephon 21425 \* Maxstrasse 13.

Mittwoch den 31. Dezember:

[L1202]

## Große Silvester-Feier

Im Saale:

### Familie Knickemeyer

Schwank in vier Aufzügen von Frau Hirsch

Einlass 7 Uhr. — Anfang 1/2 Uhr. — Eintritt mit Programm 30 Pfennig.

Donnerstag den 1. Januar:

### Nachm.: Eiskönig und Goldprinzeßchen

Einlass 1/2 Uhr. — Anfang 1/3 Uhr. — Eintritt 15 Pfennig.

Weihnachtsmärchenspiel

in 4 Bildern von Wendt

Schwank in vier Aufzügen von Frau Hirsch

Einlass 7 Uhr. — Anfang 1/2 Uhr. — Eintritt mit Programm 30 Pfennig.

Abends: Jugendfreunde

Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda

Anfang 7 Uhr. — Eintritt mit Programm 30 Pfennig.

## Turnverein Poisental-Niederhästlich.

Donnerstag den 1. Januar (Neujahrsitag) im Gaffhof zu Niederhästlich:

## Zwei gr. Aufführungen der Kinder

Bestehend in turnerischen, musikalischen u. Theateraufführungen.

Eintritt: Kinder 10 Pf., Erwachsene 20 Pf.

Anfang der ersten Aufführung nachmittags 3 Uhr (lediglich für Kinder). Anfang der zweiten Aufführung abends 7 Uhr (nur für Erwachsene).

Wir machen hierdurch zugleich unsere beiden Männer und Freunde besonders darauf aufmerksam, daß laut behördlicher Verfügung Kinder abends 8 Uhr den Saal verlassen müssen, und erfüllen daher freundlichst, zu der Abendaufführung keine Kinder mitzubringen.

Karten sind zu haben im Gaffhof, in den Garbiergeschäften von Müller und Walther und im Konzert.

Hierzu lädt freundlichst ein.

Der Turnrat.

Sonntag den 4. Januar 1914, nachmittags 1/2 Uhr

## General-Versammlung

Wozu zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wünscht

D. S.

## Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Meissen

Sonntag den 4. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Kaisergarten

## VIII. General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Berichte. — 2. Vorschlag. — 3. Anträge. — 4. Neuwahl.  
Das Erscheinen aller wird erwartet

D. S. Ad. Son. Hirtenbergstraße 72.

## Krankenversicherungsverein f. Schneider, Schneiderinnen und verwandte Berufsgenossen in Dresden und Umgegend

(früher eingeschriebene Gültigkeit).

Freitag den 2. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, findet in Rothen Bayrischen Bierstüberl, Altmarkt 8, 1. Et., eine außerordentl. Generalversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden, des Kassierers, des Schriftführers und deren Stellvertreter sowie 10 weiterer Vorstandsmitglieder. 2. Sonstige Vereinsabfahrt. [V 213]

Um zahlreiche Beteiligung erachtet

Der Vorstand.

## Freie Turner, Rabenau u. Umgegend.

Mittwoch den 21. Dezember auf der König-Albert-Höhe

## Große Silvester-Feier

Bestehend in Tanz, Christbaumverlosung, Polonäse und verschiedenem Unterhaltungen. — Anfang 7 Uhr. [E 229]

Einige fröhliche Stunden versprechend, lädt freundlich ein

Der Turnrat.

Bahnkündigung besiegelt sofort Uhlmann, Weißauerstr. 25, II. Stein Jelen.

Neu!

Neu!

## Hammer's Hotel

Ab 1. Januar:

das führende Ballorchester der Residenz

### Saalpostkarten

enorme Auswahl, empfiehlt [B3880]  
Starten-Straße, Röhrholzg. 14.

Allen Freunden, Bekannten und Nachbarn zur Mitteilung,

daß wir das

## Restaurant u. Café Zirkusstrasse 15

gegenüber dem Residenz-Theater

täglich übernommen haben. Es wird unter eifriges Bestreben sein durch ff. Speisen und Getränke und eine dauernde Stimmung zu liefern. Um gütigen Aufspruch bitten

Hochachtungsvoll C. Littmann u. Frau.

## Sarrasani-Theater

Täglich 8,20, Sonn- und Festtags 4 u. 8,20

### Das gewaltige

### Manege-

### — Schauspiel —

## Napoleon

Bonaparte und seine Frauen.

Unter anderem: Die Revolution; Schlacht bei Belle-Alliance; Napoleons Verbannung A 1801 nach St. Helena usw.

circa 500 Mitwirkende circa 500

Verkauf: Warenhaus Herzfeld und Theaterkasse.

## Central-Theater

Heute vorletzter Tag

### Gastspiel

## Otto Reutter

### Dario Piani

Hypnotischer Kartenkünstler und das übrige glänzende Varieté-Programm.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr an der Theaterkasse.

Täglich nachmittags 3 1/2 Uhr

## Jung Habenichts und das Silberprinzeßchen.

Weihnachtsmärchen in 6 Bildern.

Am 31. Dezember bleibt das Theater wegen Vorbereitungen zur Premiere Die Kinokönigin geschlossen. ●

## Reichs-Automat

Hauptstrasse 30

Neustädter Markthallen-Gebäude

empfiehlt seine [B4014] bestgepflegten Biere, vorzügliche Küche, feine Konditorei

sowie kalte Platten außer dem Hause.

## Tanzlehr-Institut E. Pause

Feldgasse 2, 5 Min. v. Hauptbahnhof, nächst d. Gr. Blauenstr. Straße.

Anfang Januar Beginn neuer Kurse für alle Rund- und Karosserietänze. Honorar 15 M. — Jeden Sonnabend 8 Uhr und Sonntag 3 Uhr: Walzer u. Rheinländer. Honorar 3 M. Extrakunden jederzeit

Unserem Freunden und treuen Genossen, dem Stadtverordneten

## Ernst Braune in Radeberg

zu seinem 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche

Seine Kampfgenossen und Waffengefährten Sachsens.

### Hygienische + Frauen-Artikel

Gummikwaren, Menstruationspulver, Frauenfee, Nettlespritzer, Büffelkäfer, Leibbinden.

Größte Auswahl 10 Prog. Rabatt

Kreisleben, Wallstr. 4

### Königliches Opernhaus

Dienstag den 30. Dezember

### Madame Butterfy

Engelbl. einer Japanerin in drei Akten, Mufti von G. Puccini

Musik von G. Puccini

Musikalisches Gesang: Kurt Striegler

Chor: das. genannt

Ballett: Minnie Raß

Sopran: Choralsong Die-

mette: Jimi Tersani

Klar: Cintorin

Violin: Elio Solinger

B. S. Violon: Reinhard

Klar: Max Sauer

## Sächsische Angelegenheiten.

**Das Streikpostenverbot auf Umwegen**

arbeit der Verband sächsischer Industriellen in einer eingabe an das Ministerium des Innern. Die darin aufgestellten Gründe besagen:

1. daß bei den 20 Polizei-Dienstbehörden und der Landesgendarmerie geeignete Beamte ausgebildet werden, um den artillierten Polizeibehörden bei Streiks und Aussperrungen zur Verfügung zu stehen. 2. Die Ministerien des Innern und der Finanzen zu erlauben, im Verordnungswege die zur Regelung des Verkehrs auf den öffentlichen Straßen und zu deren Schutz erforderlichen Polizeivorschriften zu ergänzen, sofern das Ministerium des Innern sich überzeugen sollte, daß im Rahmen der legitimen Polizeivorschriften gegenüber dem die Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruh des Verkehrs stark beeinträchtigenden Verhalten kein genügender Schutz gefasst werden kann. Es handelt sich hierbei um das Gesetz vom 2. Juli 1872 und die Verordnung vom 9. Juli 1872 (Begegnungsregelung). Wo in Städten bestreitige Gesetzesvorschriften die Anordnung der Begegnung außer Kraft gesetzt haben, mösse das Ministerium des Innern auf die Erweiterung dieser bestreitigen Verkehrs vorschriften in gleicher Weise hinweisen.

Daraus ergibt sich klar, daß der Verband sächsischer Industriellen zu der Regierung fordert, das Streikpostenstein durch eine Verordnung über den Strafverkehr unmöglich zu machen. Die Herren wollen also so ähnlich dasselbe wie die Konserventen erreichen, nur auf etwas anderem Wege.

Das wird durch die den Forderungen beigegebene Begründung noch verdeutlicht. Darnit heißt es nach Berichten in der bürgerlichen Presse unter anderem:

Die Polizei sei solche Wonne schon heute Ausschreibungen, wie vielleicht Streikpostenstein begangen werden, entgegenzutreten und den ungehinderten Gemeindebrauch der öffentlichen Verkehrsäume sichern. Dazu könne sie entweder die Polizeibeamten anwiesen, Strafverordnungen und Beschränkungen des Strafverkehrs durch Befreiungen von Streikposten entgegenzutreten, indem sie gleichzeitig durch Gleich polizeilicher Strafvorschriften den Ungehorsam gegen die berufsbediensteten Anordnungen der Beamten unter Strafe stellt. Oder sie könne für die Dauer eines geplanten oder ausgebrochenen Ausstandes und mit Beschränkung auf die betroffenen Ortschaften, sobald die Gefahr einer Gefährdung oder Störung des Verkehrs beginnt, durch Polizeiverordnung zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruh auf den öffentlichen Verkehrsäumen das Streikpostenstein, sei es schließlich, sei es, sofern es den Verkehrs nicht überwindet, bei Strafe verbieten. Bei Vollzerrichtungen zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruh auf öffentlichen Wegen sei Sühnestrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen zulässig (§ 366, Nr. 10 Str.G.B.).

Inbetrieben der Polizeibeamte überwältigte Streikposten auch zwangsläufig wegfallen, sofern sie in Sicherungshaft nehmen. Durch eine ruhige, aber fest durchsetzbare Handhabung der Strafpolizei könne man daher die öffentlichen Strafen vor den Ausschreibungen der Streikposten im reellen freihalten. — Landesgendarmerie sind schon jetzt häufig abberufen worden, wenn die Bedrohung bestand, daß bei Streiks Unruhen in größerem Umfang entstehen könnten. Es würde also nur nötig sein, eine Einschaltung auszubauen, zu der bereits Ansätze vorhanden sind, und diese Beamten als eine Unterstüzung der lokalen Behörden in eine gewisse Organisation und in ein gewisses System zu bringen, etwa bereitgestellt, daß in jeder Streikauftumanschaft mehrere Beamte ständig bereithalten werden, um gegebenenfalls nach einem Schluß, wo ihre Aufwendung erforderlich erscheint, beordert zu werden. Die für solche Fälle vorgesehenen Beamten müßten aber natürlich eine besondere Schulung erhalten, insbesondere so weit, daß die gesamte Materie unterrichtet sein, daß sie jederzeit in der Lage wären, ihr Verhalten nach den jeweiligen Erfordernissen einzurichten. Ueber die Anstellung von Streikgendarmerien hinaus aber scheint dem Verband überhaupt eine allgemeine Anordnung an die mit polizeilichen Befugnissen ausgestatteten Behörden erforderlich, die ausübenden Organe, nicht nur die Schuleme und Gemeinde-Bürokratiebeamten, auf die Überwachung der Streikposten und die damit im Zusammenhang stehende Durchführung der wege-polizeilichen Vorschriften besonders vorzubereiten. — Die Sozialdemokratie hat der Notwendigkeit solcher besonderen Maßnahmen auf ihrer Seite seit langem Rechnung getragen, indem sie bis in die kleinsten Details ausgearbeitete Institutionen entworfen und die zum Streikpostenstein auferlegten Buße zur Bezahlung dieser Institutionen verpflichtet hat. Es leuchtet ein, daß einem solchen wohlorganisierten System der Durchführung von Arbeiterversammlungen nur dann wirksam entgegengestellt werden kann, wenn auch die von den Polizei- und Aussichtsbehörden mit der Überwachung von Streikposten und der Regelung der Sicherheit beauftragten Beamten sich in gleicher Weise geschult erwiesen, wenn sie insbesondere über das Vorhaben der sozialdemokratischen Gemeinschaften bei Streiks über die zu beobachtenden Maßnahmen bis ins einzelne unterrichtet und ihnen die Streikreglemente und Streikanweisungen der Gewerkschaften genau bekannt sind. Denn nur so scheint es möglich, daß sie allen aus der Überwachung der Streikposten sich ergebenden oft recht schwierigen Zügen gewachsen sind. Insbesondere ist es für die Überwachungsorgane wichtig, ähnlich dem gerichtlichen Praxis mit Bezug auf das Streikpostenstein und die mit demselben verbundenen Pflichten genau unterschieden zu sein.

Zum Schluß wird noch das Verlangen nach besonderen Verhörschreiften gegen Streikpostenstein mit den bekannten Blüher-Blum-Akten zu begründen versucht.

Aus alledem ergibt sich, daß der Verband sächsischer Industriellen alles aufstellt, einen wichtigen Behandlungs des Koalitionsrechts, das Streikpostenstein, unmöglich zu machen. Die sächsischen Nationalabberen aber werden sich in ihrer Haltung sicher noch den Forderungen der Industriellen richten, wenn sie nicht gar schon nach den Wünschen der Herren um Hettner und Riechammer formuliert worden sind.

## Für die sächsische Überfahrtswirtschaft

legen die Dresdner Nachrichten in einem Leitartikel eine lange ein. Richtig vertheidigen sie die Fortsetzung des Blüher-Blum-Systems durch den jetzigen Finanzminister in fast allen Punkten und lassen es dabei auch an Seitenlinien gegen die Opposition nicht fehlen. Dabei versteigt sich das konservative Blatt zu der Behauptung, die „Leberkrise“ läge es am liebsten, wenn überhaupt keine Schulden getilgt würden.

Wer den Staatsdebatten im Landtag nur einigermaßen gefolgt ist, wird sofort erkennen, daß es dem Blatte nicht um eine sachliche Würdigung der oppositionellen Gründe zu tun ist, sondern nur um eine Verwertung. Niemand hat die Einstellung der Schuldenfrage verlangt, von sozialdemokratischer Seite ist nicht einmal eine Verminderung gefordert worden. Das mit Recht geindert wurde, war, daß bei vielen Staatskapitalen die Einnahmen viel zu niedrig und die Ausgaben zu hoch eingestellt wurden, zu dem offensichtlichen Zweck, so auf neue flüssig hohe Überfahrtswirtschaft vorzubereiten. Gegen Überfahrtswirtschaft ist an sich gewiß nichts einzurüsten. Es ist auch richtig, daß solche zur Deckung des außerordentlichen Staats erwünscht sind, solange dieser noch große Ausgaben für nicht oder ungenügend werbende Zwecke erhält. Aber diese Erwägungen rechtfertigen in keiner Weise eine Über-

schwirtschaft auf Kosten der Kulturausgaben. Es würden durch die gegenwärtige Staatsausstellung große Summen zum Zwecke späterer Überfahrtswirtschaft ohne Not festgelegt. Wenn dann für kulturelle oder soziale Zwecke Ausgaben nötig werden, heißt es, daß es kein Geld mehr da ist. Tatsächlich ist aber solches vorhanden, durch die geringe Überfahrtswirtschaftsaufstellung wird aber der Anschein erweckt, als sei wirklich nichts mehr da.

Diefer Wirkung wegen besonders ist von der äußersten Linken in der Zweiten Kammer die jetzige Finanzpolitik bekämpft worden. Sie wird noch mehrfach Gegenstand der Kritik sein. Wenn dabei nicht noch energetischer als bisher auf eine Änderung gedrungen werden sollte, so nur deshalb, weil zu berücksichtigen ist, daß sich in der kommenden Finanzperiode die Folgen der Wirtschaftskrise in vollem Umfang gegebenen Nachgang 1913 des Statistischen Jahrbuchs für das Königreich Sachsen die Zahl der gewerbsmäßigen Stellenvermittler noch um rund 10 000 auf 139 000 angewachsen. Besonders die weiblichen Arbeiter sind den Stellenvermittlungsbüros in die Hände geliefert. Stellt man neben die in diesen Büros dargestellte Summe von Ausbeutung noch die ungeheure Verluste, die dadurch entstehen, daß die Arbeitsmärkte durch Umsturz und Inflatur gezeichnet sind, weil es an jeder Regelung des Arbeitsmarkts in Sachsen noch fehlt, so hat man einen Beweis mehr dafür, daß auch die schärfsten Urteile über die sozialpolitische Ungültigkeit Sachens nicht zu schärf sind.

Sachsen 543 Stellenvermittlerbetriebe, in Bayern waren es deren nur 505, in Württemberg 77, in Baden 124 und in Elsass-Lothringen 98. Und während in Sachsen im Jahre 1911 durch die gewerbsmäßigen Stellenvermittler 129 000 Stellen vermittelt wurden, belief sich die Zahl dieser Vermittlungen in Bayern auf nur 61 000 — von Württemberg auf 17 000. Dabei ist in Sachsen nach dem eben herausgegebenen Nachgang 1913 des Statistischen Jahrbuchs für das Königreich Sachsen die Zahl der gewerbsmäßigen vermittelten Stellen noch um rund 10 000 auf 139 000 angewachsen. Besonders die weiblichen Arbeiter sind den Stellenvermittlungsbüros in die Hände geliefert. Stellt man neben die in diesen Büros dargestellte Summe von Ausbeutung noch die ungeheure Verluste, die dadurch entstehen, daß die Arbeitsmärkte durch Umsturz und Inflatur gezeichnet sind, weil es an jeder Regelung des Arbeitsmarkts in Sachsen noch fehlt, so hat man einen Beweis mehr dafür, daß auch die schärfsten Urteile über die sozialpolitische Ungültigkeit Sachens nicht zu schärf sind.

## Von der Invalidenversicherung.

Aus dem vor kurzem in der ordentlichen Jahresversammlung erstatuten Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt sei folgendes hervorgehoben: Die Beitragseinnahme betrug fast 26 Millionen Mark (gegen 1914 im Jahre 1911). Die Steigerung ist bedingt durch die starke Erhöhung der Beiträge um etwa 33%. Proz. wieder gestiegen ist der Wertzufluss in den höheren Beitragsklassen. — Das Gesamtvermögen der Anstalt wird Ende 1912 auf 202 500 000 M. (gegen 184 600 000) beziffert. Angelegt waren von diesem 202 500 000 M. 1912 haben die Kapitalanlagen um 17 800 000 M. zugenommen. Für gemeinnützige Zwecke wurden aufgelösten 9 1/4 für Edelgewölbe, Herbergen, Krankenhäuser, Volksschulen, Siechenhäuser, Volksheilstätten, Genesungsheime und dergleichen mehr. Für gemeinnützige Zwecke waren insgesamt bis Ende 1912 138 200 000 M. ausgeliefert.

Über die Ausgaben sei folgendes mitgeteilt: Die Gesamtbilanz der Rentenansprüche wuchs nur um 16 und betrug fast 15 300. Bei den Invalidenrenten ist ein Rückgang um 114 zu verzeichnen, bei Altersrenten und Krankenrenten eine Zunahme von 129 bzw. 61. Aus der neu eingeführten Hinterbliebenenfürsorge entstanden 1270 Ansprüche auf Witwenrente, 1434 Pfostenrente, 601 Witwengeld, 30 Witwenauflauffeste.

Genehmigt wurden 12 203 (12 085) indiziert, davon 10 867 (10 412) Invalidenrenten, 1162 (1144) Krankenrenten, 1284 (1129) Altersrenten. Hinterbliebenen (Erhöhung der Invaliden- oder Krankenrenten) wurden 2558 bewilligt. Die Durchschnittsrente betrug:

bei Invalidenrenten	185 M.
• Krankenrenten	180
• Altersrenten	171,50

619 (602) Ansprüche wurden abgeschlagen.

Von den Ansprüchen der Hinterbliebenen fanden Anerkennung: 807 Witwenrenten, 404 Witwengeld, 1084 Pfostenrenten, 13 Pfostenauflauffeste. (Witwengeld und Witwenauflauffeste sind einmalige Zahlungen.) Witwenrente erhielten aber tatsächlich nur 381, weitere 12 waren Witwen-Krankenrente (also vorwiegend vorübergehend); in 414 Fällen wurde nur die Berechtigung zum Bezug anerkannt; die Rente selbst wird erst fällig, wenn die betreffende Witwe invalide wird, d. h. nicht mehr den dritten Teil des höchstigen Verdienstes erzielen kann! Durchschnittlich beziffern sich die jährlichen Erträge:

bei Witwenrenten	78 M.
• Pfostenrenten	73
• Witwengeld	76
• Witwenauflauffeste	22

Abgelehnt wurden 167 Ansprüche, der Gesamtbilanz auf diesem so vielseitigen Gebiet ist also weiterlich nicht groß. Neue Ansprüche auf Beitragserhöhung lagen noch 1112 vor, zu entscheiden war insgesamt über 3160, von denen 189 abgelehnt wurden. Diese Leistung darf nunmehr angehört.

Auf Übernahme des Heilverbahrens lagen 14 072 Gesuche (13 298) vor, von Frauen 5690 (5162), von Männern 8312 (8136). Angeordnet wurden insgesamt 9416 (8209) Verfahren, während in Behandlung 10 700 Verfahren standen; davon in ständiger Behandlung oder länger andauernden Behandlung 6723, in nicht ständiger (kurz vorübergehend) 3283. Zum Abschluß kamen 9036 (7785) Behandlungen. Die meisten betrafen Lungenüberholose (3131) und Herzkrankheit (1108). Bei nicht ständiger Behandlung handelt es sich hauptsächlich um Jahnfranke: Bei allen zu förmlichen Gebeten liegen um 88 Proz. In der Heilstätte Höhewald sind zusammen 1474 Jahnfranke verpflegt worden, in dem kleinen Heim Gottlieben 323. Die Kosten der Heilbehandlung betragen 1880 300 M. (1 808 800 M.).

Es wurde auch Kenntnis genommen von Mitteilungen über den Geschäftsbetrieb und Vermögensstand sowie über Vermögensanlagen im Jahre 1913. Allenfalls zeigt sich eine weitere Ausdehnung der Gesamtmittel. Nachberechnet wurde die neue Heilstätte Gottlieben fertiggestellt und in Betrieb genommen; sie beherbergt etwa 400 Plegmung und beschäftigt 129 Beamte und Angestellte aller Art. Weitere Einzelheiten mögen einer weiteren Erörterung vorbehalten bleiben; hier sei jedoch noch eins vorberichtet:

Der Vorstand war gezwungen, Kapital in Staats- und Reichspapiere anzulegen und fand sich an mancher Stelle großer Schwierigkeiten enthalten. Es wurde festgestellt, daß mit der größten Sicherung verfahren werden ist und damit Unheil abgewendet wurde, mit vielen der Schulden ist neue Vereinbarung getroffen und dabei Tilgung des Kapitals in angemessener Frist bedingt worden. — In Ansicht genommen ist eine Erweiterung der Heilstätte Höhewald, zu welchem Zweck vom Forstfonds für 120 000 M. Land erworben wurde. Für gleiche Zwecke sind in Gottlieben geeignete Baustrukturen getroffen worden. verausgabt wurden für die nunmehr fertige Neuanlage sieben Millionen Mark.

## Unzufriedene Förster.

Am Sonntag hielt der Bezirk Sachsen vom Verbande der deutschen Privatforstbeamten in Bautzen seinen Bezirksstag ab, der von Privat- und Reviersförstern aus dem ganzen Königreich zahlreich besucht war. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, alle maßgebenden Instanzen zu erläutern, um Interesse der wirtschaftlichen Lage der Privatforstbeamten auf eine möglichste Einschränkung in der Ausbildung von Förstlingen und Anstellung von Waldwärtern hinzuwirken. Es ist längst bekannt, daß viele Privatförster sich in recht ungünstiger wirtschaftlicher Lage befinden. Auch ihnen kann nur straffe Organisation und starker Rückgrat helfen.

Meine Nachrichten auf dem Lande. Beim Rittfest auf den Ritterberg kam am Sonnabend der Sohn einer Familie aus Elster-Selbitz, die jüngst im Sporthotel wohnt, als er nahe dem Walde sich dem Stellahaus des Jungferngrabes näherte, ins Ritterchen, kam zu Fall, übertrug sich mehrmals und zog dabei lauwarmartige Schneemassen mit sich fort, die ihm schließlich unter sich begraben. Hilfe war sofort zur Stelle, indes konnte der bedauernswerte junge Mann nur als Totale ausgerufen werden. — Am ersten Feiertage schneite es in Sachsen so hart, daß am Morgen des zweiten Feiertages die Schneepflüge auf den Straßen verschwanden. Der Sohn liegt nunmehr 1 Meter tief.

## Stadt-Chronik.

## Die Weihnachtsgratifikation.

Darüber entsteht nach dem Gesetz oft Streit. Viele Angestellte und Arbeiter und deren Familienangehörige erhalten oder erwarten zu Weihnachten eine Gratifikation. Diese Weihnachtsgratifikation ist nur als ein Teil des Lohnes anzusehen; sie muss entweder betrachtet werden als eine allgemeine Zulage zum Lohn oder als eine besondere Entschädigung für die während der Weihnachtszeit geleisteten Überlebenden, die nicht bezahlt worden sind. Vielfach wird aber die Weihnachtsgratifikation noch nicht so eingeschätzt und das kommt auch in der Rechtsprechung zum Ausdruck. Zunächst hat natürlich der einen rechtlichen Anspruch auf die Weihnachtsgratifikation, denn sie ohne Einschränkung vertraglich zugesichert worden ist; ist dabei keine bestimmte Summe angegeben, so wird im Streitfall das Gericht die Höhe festzulegen haben nach den ortsüblichen oder nach den in dem Geschäftszweig üblichen Sätzen. Ist die Weihnachtsgratifikation nur unter der Bedingung zugesichert, dass die Leistungen des Angestellten zufriedenstellend sind, so liegt die Sache schon schwieriger. Weigert sich in diesem Falle ein Unternehmer unter der Angabe, dass die Leistungen unzureichend gewesen seien, eine Gratifikation zu gewähren, so müsste der Angestellte oder Arbeiter den Beweis führen können, dass die eigene Tätigkeit vom Arbeitgeber bei anderen Begleichen günstiger beurteilt worden ist; auch andere Merkmale könnten als Beweis herangezogen werden, dass der Unternehmer keinen Grund hatte, mit den Leistungen unzufrieden zu sein. Ist nichts vereinbart worden, so kommt es darauf an, ob der Angestellte nach Treu und Glauben auf eine Weihnachtsgratifikation rechnen konnte. Er wird am Beispiel darauf reagieren können, wenn die Überreichung einer Gratifikation in seinem Geschäftszweig ortsüblich ist. Auch wenn es in einem Geschäft jahrelang üblich war, dass alle Angestellten Weihnachtsgeschenke erhielten, kann der Angestellte mit Aussicht auf Erfolg die Gratifikation einklagen.

Ganz verschieden ist noch die Rechtsprechung, ob jemand, dem vertraglich eine Weihnachtsgratifikation zugesichert war, oder der sonst einen rechtlichen Anspruch darauf hatte, diesen Anspruch auch geltend machen kann, wenn er noch vor Weihnachten seine Stellung aufgibt, oder ob er für das nächste Jahr einen Teil der Weihnachtsgratifikation beanspruchen kann, wenn er im neu beginnenden Jahr noch einige Monate im Dienste eines Unternehmers beschäftigt war. Hier sind schon einige Berichte zu der Entscheidung gekommen, dass die Weihnachtsgratifikation in dem Verhältnis bezahlt werden muss, wie der Angestellte und Arbeiter in dem betreffenden Jahre noch gearbeitet hat. War er zum Beispiel noch zehn Monate lang, so hat er  $\frac{1}{12}$  der ausbedungenen oder ortsüblichen Gratifikation zu verlangen. So entschied zum Beispiel vor zwei Jahren das Amtsgericht in Bremerhaven. Dagegen führte die 4. Kammer des Berliner Gewerbegerichts in einem Urteil aus, das Versprechen des Arbeitgebers für Leberarbeiten zu Weihnachten „alles gut zu machen“, begründete wohl eine moralische Pflicht, den Arbeiter zu entschädigen, und über eine Rechtspflicht. Eine andere Kammer des Berliner Gewerbegerichts brachte die entgegengesetzte Ansicht zum Ausdruck. In der Urteilsbegründung hieß es: „Das Gericht ist der Ansicht, dass die genannten Weihnachtsgeschenke für Haussoldaten und ähnliche gewerbliche Angestellte in Wahrheit schon nicht mehr das sind, als was sie bezeichnet werden — Zuwendungen des Chefs an den Angestellten —, sondern eine Art Entschädigung für im Jahre geleistete Leberarbeit. Diesem Umstand trägt auch die Steuerbehörde Rechnung, indem sie die genannten Geschenke als steuerpflichtiges Einkommen veransehen.“ Wie man sieht, ist die Rechtsprechung noch außerordentlich verschieden; immerhin aber wird man mit Aussicht auf Erfolg klagen können, wenn ein Unternehmer die Weihnachtsgratifikation als steuerpflichtiges Einkommen eines Arbeiters angegeben hat; denn dadurch hat der Unternehmer zugestanden, dass die Weihnachtsgratifikation zu den regelmäßigen Einnahmen des Arbeiters gehört.

## Entziehung der Unterhaltspflicht.

Der Geschäftsführer G. in Burgwitz hatte sich eine Anklage wegen Übertretung des § 361, Ziffer 10 des Strafgelebuchs zugezogen, weil er trotz Aufforderung der Gemeindebehörde zur Erfüllung seiner Vaterschaftsrechte für seinen 1903 geborenen Sohn nicht mehr gesorgt hatte. G. behauptet früher ein einträgliches Wirtschaftsgeschäft, das er aber (angeblich wegen eines Nervenleidens) seiner Schwester überlassen hat; er ist nur der Geschäftsführer. Im Frühjahr 1913 hat er in einer Schenkwirtschaft zu Obergorbitz eine höhere Bier- und Weinpreise gemacht und außerdem zwei Autodroschkenfahrten nach Dresden unternommen. In der Gemeinde sagt man, er würde zahlen können, unterlass es aber aus bösem Willen gegen seinen Schwiegervater, der dem Kind den erforderlichen Unterhalt gewährt. Die Schwester gewährt dem Angeklagten nur freie Wohnung und Kost, aber kein Bargeld. Er behauptet, die Zudecke im Interesse seiner Schwester gemacht zu haben, zu deren Kunden der Gastwirt gehöre. Die Schwester habe ihm hierzu auch das Geld gegeben. Auch die beiden Autofahrten haben den Angeklagten angeblich nichts kostet. In dem einen Falle habe er 1000 M. fortbringen müssen und dazu die Fahrt mit dem Auto im Interesse der Sicherheit des Sohnes für nötig gehalten und im anderen Falle habe er eine Bette gewonnen gehabt und von dem Gewinn die Kosten der Fahrt bestritten. Das Landgericht hat den Angeklagten verteidigt. Habe der Angeklagte wetten können, so konnte er auch trotz seiner därfürigen Verhältnisse für sein Kind etwas abgeben. Er habe aber auch nicht dafür gesorgt, dass sein Verdienst wachse; er sei 37 Jahre alt und habe von seiner Schwester für die Geschäftsführung eine höhere Entschädigung verlangen können als nur Kost und Wohnung. — In der Revision machte der Angeklagte geltend, er habe die geringe Stellung annehmen müssen, weil er sonst ein anderweitiges Unterkommen nicht finde. Die Schwester sei nicht in der Lage, ihm mehr zahlen zu können. Das Oberlandesgericht verwirft das Rechtsmittel. Die Urteilsfindung sei nicht ungerechtigt. Der Angeklagte habe sich geschissenlich der Unterhaltspflicht entzogen. Er habe schuldhafte Weise unterlassen, auf eine höhere Bewertung seiner Arbeitskraft hinzuwirken. Wenn er derartige Bedenken durchmachen könnte, so könnte er auch nicht so stark sein, als dass er nicht seine Arbeitskraft höher bewerten lassen könnte. Die Vertheidigung des Angeklagten erkennt demnach nur als leere Täuschung.

## Vorsicht vor gewissen „Geschäften“!

Ein in Brüssel wohnender sogenannter Patentanwalt berichtet gegen Zahlung von 180 M. eine Erfindung zum Patent und zur Verwertung vorzubereiten. Mit der Zahlung der Summe hat sich dann für beide Teile das Geschäft erledigt. Die Zahler sind natürlich die Gemeinden. — Eine Chemische Firma sucht in den Kreisen, die nach Verbesserung ihrer Fähigkeiten streben, „Das Buch der Selbstschneideerei“ zu vertreiben. Gefordert werden 80, sie und da auch 27 M. Von Lehrern einer Dresdner Schneiderfachschule wird das „Werk“ als eine wertlose Nachahmung bereits vorhandener Schriften bezeichnet und erklärt, dass bedeutend bessere Bilder viel billiger zu haben sind. Der alte Schmidmann firmiert unter dem prunkenden Schild: Erste Wiener Damenschmiede - Justine - Ateliers. Inhaber Anna Jacob in Chemnitz, Zentrale: Chemnitz 1. Sa., Verwaltungsbureau: Annenstraße 23. Mit der Erwerbung des Buches, das erst geliefert wird, nachdem die 80 M. bezahlt sind, gewinnt der Besitzer aber noch ein Recht, sich an einem Freiturnus zu beteiligen. Er braucht nur noch 3 M. extra zu zahlen, dann kann er in einigen Stunden Schriftzähnen, Buchstaben, Modellieren und Garnieren der gesamten Damengarderobe, Konfektion und Wäsche erlernen. Wer den Beginn dieses Kursus verlässt, „gleichviel aus welchen Gründen“, verliert damit den Anspruch auf Teilnahme an einem Kursus. Es scheint, als ob ein recht großer Teil der Verniegierigen diesen wichtigen Basis übersehen hat. Sie erhalten nun, nachdem sie auch die erste Rente nicht pünktlich bezahlt hatten, von einem Rechtsanwalt eine Mahnung, den ganzen Betrag auf einmal und dazu noch die etwa 5 M. betragenden Mahnosten des Rechtsanwalts zu bezahlen. Die Formulare deuten darauf hin, dass das Verfahren ein gros betrieben wird. Auf dem Sekretariat im Plauenschen Grunde sind allein anhängernd 40 solcher Fälle bekannt geworden.

Es kann da wohl ohne Übertreibung gesagt werden, dass auf diese Art Tausende von Männern aus den Taschen armer Arbeiter und Arbeiterinnen nach Chemnitz gewandert sind, die jetzt auf dem Weihnachtsmarkt recht schmerlich vermisst werden. Wie oft schon haben wir gemahnt: Seid vorsichtig, unterschreibt nichts, was hinterher bereut wird. Leider werden diese Mahnungen immer noch zu wenig beachtet.

## Die Arbeitslosigkeit

In den einzelnen Berufen im November d. J. wird in der Statistik über die Geschäftsergebnisse der 57 Dresdner Arbeitsnachweise wie folgt dargestellt: Die Metallverarbeitung hatte 2510 männliche und 57 weibliche arbeitsuchende Personen, denen nur 227 bzw. 9 offene Stellen gegenüberstanden, die Eisenindustrie 1051 männliche Arbeitsuchende und 270 offene Stellen, das Bekleidungsgewerbe 513 männliche und 1612 weibliche Arbeitsuchende, gegenüber 175 bzw. 12 offenen Stellen, die Lederindustrie 287 männliche Arbeitsuchende mit 35 offenen Stellen, das Baumgewerbe 761 männliche Arbeitsuchende mit 169 offenen Stellen, das Fotographische Gewerbe 298 männliche und 71 weibliche Arbeitsuchende mit 169 bzw. 87 offenen Stellen, das Verkehrsgewerbe 225 männliche und 1 weibliche Arbeitsuchende mit 48 offenen Stellen für ertere. In der Fahrzeugs- und Gummimittelbranche meldeten sich 460 männliche und 6 weibliche Arbeitsuchende, während die Zahl der offenen Stellen 601 und 7 betrugen, darunter freilich 324 Auszubildende für männliche Personen auf einen Tag. Im Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe wurden 1190 männliche und 1256 weibliche Arbeitsuchende gezählt, für die 896 bzw. 724 offenen Stellen zur Verfügung standen, darunter 760 bzw. 464 Auszubildende für einen Tag. Für häusliche Dienste meldeten sich 839 männliche und 1067 weibliche Arbeitsuchende, während die Zahl der offen gemeldeten Stellen 550 bzw. 1849 betrug, darunter 550 bzw. 1507 für vorübergehende Dienstleistungen.

## Anmeldung zur Stammliste.

Nach den Bestimmungen der Deutschen Wehrordnung haben sich die Wehrpflichtigen nach Beginn der Militärpflicht zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammliste anzumelden. Diese Meldung muss nach den neuen Bestimmungen in der Zeit vom 2. Januar bis mit 15. Januar erfolgen, also nicht mehr vom 15. Januar bis 1. Februar, wie es bisher der Fall war. Militärpflichtige, die nach Anmeldung zur Stammliste im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz verlegen, haben dies beim Abgang der Behörde oder Person, die sie in die Stammliste aufgenommen hat, und nach der Ankunft an dem neuen Ort derjenigen, die da die Stammliste führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden. (§ 25, 9 W.-O.) Verkürzung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht. (§ 25, 10 W.-O.) Wer die vorgeschriebenen Melbungen zur Stammliste oder deren Beurkundung unterlässt, ist mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen zu bestrafen (§ 25, 11 W.-O.). Eine große Zahl der Militärpflichtigen glaubt, ihrer Militärpflicht genügt zu haben, wenn sie sich bei dem Einwohnermeldeamt der Polizeidirektion anmeldet. Dies ist falsch, die Militärpflichtigen haben vielmehr zur Vermeidung ihrer Verstrafung alle Wohnort- und Wohnungsveränderungen innerhalb drei Tagen außer bei dem zuständigen Einwohnermeldeamt, der Polizeidirektion, auch bei der Stammlistenbehörde, in Dresden bei dem Militäramt, Scheffelstraße 9, 2. Etage, zu melden.

## Auch ein Grund.

Der Wehrsteuerbeitrag ist die Ursache des schlechten Weihnachtsgeschäfts. Das ist die neueste Weisheit der Dresdner Nachrichten, die in einer Betrachtung über den angeblich schlechten Geschäftsgang zum besten gegeben wird! Der Wehrsteuerbeitrag habe entschieden die Stimmung des Weihnachtsgeschäfts stark beeinflusst, da er viel weitere Kreise erfasst, als ursprünglich bekannt war. So etwas mag man zu behaupten trotz dem Generalpardon, der den reichen Steuerobligatoren bei der Ablösung des Wehrsteuerbeitrags zugestanden wurde. — Den Geschäftsherrn der Geschäfte müssen eben alle Dinge zum besten dienen. Dieser Appell an die Dummheit dürfte aber wohl kaum den gewünschten Erfolg haben.

## Die Bevölkerungsbewegung

In Dresden stellen sich im November d. J. wie folgt: 287 Aufgebotsverhandlungen (gegen 297 im Oktober und 583 im September) und 296 (623 bzw. 338) Abschlüsse. Geboren wurden 800 (bzw. 892) Kinder, 462 männliche und 388 weibliche, außerdem 45 (bzw. 40) Totgeborene. Gestorben sind 612 (bzw. 588) Personen, 297 männliche und 315

weibliche, darunter 91 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr, 64 Ortsfremde und 8 Militärpersonen. Die Sterblichkeit im November d. J. betrug nach den Mitteilungen des städtischen Statistischen Amtes in Dresden 18,2 auf 1000 Lebende und ein Jahr gerechnet gegen 11,6 im Oktober, 12,0 im September und 11,2 im August. In den entsprechenden Monaten des Vorjahrs betrug sie 11,3, 13,2, 11,4 und 11,1.

**Neujahrsbriefe.** Was ist zur Versendung gegen die billige Drucksatzgebühr zulässig? Zunächst sind gestattet alle durchdruck, Rautenstück, Stahlstück, Holzschnitt, Lithographie, Photograpie, Metallographie, Holzgraphie, Papiergraphie, Chromographie oder ähnliche mechanische Verfahren hergestellten Gegenstände, die sich zur Verbindung gegen die Drucksatzgebühr eignen. Schreibmaschinen- und Kopierapparate sind nicht zulässig. Hinsichtlich der Neujahrskarten ist zu beachten, dass Straße und Wohnung sowie der Name des Absenders handschriftlich angezeigt werden können. Bei Postkarten können außerdem fünf Worte beigelegt werden, um Glückwünsche, Dankesworte und dergleichen auszudrücken. Bilder, Musikkarten, Zeitschriften usw. können handschriftliche Widmungen enthalten. Bilder dürfen auf Postkarten aufgeklebt werden, jedoch nur auf der Rückseite und unten rechts der ganzen Fläche nach. Nicht zulässig für offene Versendung sind die immer noch vielfach in den Handel gebrachten Postkarten mit Glitterteilen, Menschenhaaren an Körperteilen, Karten mit Sanduhren, Karten in Blatt- oder Ballonform, solche mit Federn und Stoffteilen usw. Auf jeden Fall müssen die Glückwunschkarten die übliche Postkartenform besitzen, sie dürfen auch nicht wesentlich größer sein als die amtiell gelieferten Formulare. Bedingung für alle Drucksätze ist, dass sie frankiert werden müssen.

**Weber-Vorstellung für die Dresdner Arbeiterjugend.** Für die Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend ist am 6. Januar, vormittags 11 Uhr, im Alberttheater eine Aufführung des Hauptdarrens Weber-Dramas arrangiert. Die Nachfrage nach den Karten, die nur für Jugendliche Gültigkeit haben, ist sehr reg. Eine Anzahl starten zu 80, 80 und 15 Pf. sind von 9—1 und 8—7 Uhr in der Geschäftsstelle, Ritterbergstraße 6, I., Zimmer 3, noch zu haben.

**Victoria-Salon.** Morgen Dienstag Abschiedsaufstellen sämtlicher Künstler. Am Silvester-Abend ist Vorstellung der Vereinigte Victoria-Sänger mit zum größten Teil neuem Programm. Am Neujahrsitag finden zwei Premieren-Vorstellungen statt, an deren Spitze die großartige Tango-Länderin steht. Außerdem wird das Neujahrs-Programm eine Reihe neuer Nummern enthalten. Im Theater-Tunnel wurde das Ensemble Siele für Januar prolongiert; am Neujahrsitag beginnt die Vorstellung nachmittags 4½ Uhr mit neuem Programm.

**Selbstmordversuch.** Heute (Montag) morgen gegen 4½ Uhr hat sich auf dem Abort des Neustädter Personenbahnhofs ein etwa 23 bis 25 Jahre alter, bisher unbekannt gebliebener Mann anscheinend Kaufmann, in den Unterleib geschossen. Er wurde noch lebend mittels Krankenautomobil ins Friedrichstadt-Krankenhaus gebracht.

**Unter den Todesursachen im November d. J. in Dresden** sind nach den Mitteilungen des städtischen Statistischen Amtes hervorzuheben: 7 Fälle Kindbettfehler, 1 Scharlach, 1 Masern und Röteln, 18 Diphtherie und Krupp, 1 Keuchhusten, drei Typhus (der bereits seit Juli in jedem Monat ein Opfer, im September ebenfalls 3 gefordert hat), 72 Tuberkulose, 74 Krankheiten anderer Atemorgane, 22 Brechdurchfall, 50 Magen- und Darmtartar, darunter 19 bei Kindern unter 1 Jahr, 32 gewaltsamer Tod, während 286 Fälle alle übrigen Todesursachen betrachten.

**Der Dresdner Kanarienzüchterbund** hält seine diesjährige Ausstellung von Kanarien, Zierfischen, Schmetterlingen und anderen Sehenswürdigkeiten in den Räumen des Bürgerfestsaals, Große Brüdergasse 25, 2., vom 4. bis 6. Januar ab. Eine Verkaufskasse von Kanarien bietet Liebhabern Gelegenheit, sich einen Sänger preiswert zu erwerben.

**Vermischte Nachrichten.** In einer der letzten Räume wurde im Stadthause auf der Innenseite, wo die Verwaltung der städtischen Feuerwehr untergebracht ist, das Bild des Degernenkens d. J. Feuerlöschwagens erbrochen und daraus 2000 Mark Privatgelder gestohlen. Trotzdem das Zimmer nach wiederholte Kontrolliert wird, wurde der Diebstahl erst am nächsten Morgen entdeckt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass der Dieb sowohl mit den räumlichen Verhältnissen als auch mit den Zeiten der Kontrollgänge genau vertraut war. — Mit schweren Kopfverletzungen wurde am Sonnabend gegen 9 Uhr abends ein 23 Jahre alter Kutscher nach der Verbandsstation in der Marchallstraße gebracht. Der junge Mann hatte die Verletzungen bei einer Schlägerei auf der Neuen Gasse erhalten. Nach Anlegung von Röntgenbildern wurde er in bewußtem Zustande nach dem Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Für die Silvesternacht wird die Polizei und die Feuerwehr mit weiblicher Bedienung wie in den Jahren vorher wieder auf 8 Uhr nachts ausgedehnt.

**Bezirk Löbtau.** Die Genossinnen werden erfuht, sich recht zahlreich an dem morgen Dienstag, abends 8½ Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15, I., stattfindenden Unterhaltungsabend zu beteiligen. Liederbücher mitbringen.

## Aus der Umgebung.

**Coschütz.** Im Raizbach auf Coschützer Flur wurde ein unbekannter, ungefähr 60 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Er trug weichen Filzhut, leinene Hosen und Unterhemd. Der Unbekannte stammt wahrscheinlich aus einem Dresden Hospital. Er wurde in die Coschützer Leichenhalle gebracht.

**Döhlen.** In der letzten Gemeinderatssitzung erließ man in einigen Bausachen Ausnahmeduldung. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Baufälligkeit schenkte man die Bedürftige in der Schönlangenstraße Coschütz. Sowohl weitere Gebäude wie (die Konzeption für eine Kinoaula und für den Schorn auf einer Glashütte in Reichenbach bestreitet) wurden bedingt und zum Teil einschränkend beschlossen. — Auf einen Vorschlag des Gemeinderates beantragte und beschloss man, die Gemeindeverwaltung höher als bisher zu verhören, und zwar mit 5000 M. gegen Unfall, mit 10000 Mark für den Fall der Zwangsabholung und mit 5 M. täglicher Entschädigung im Falle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Die Verhörlistung soll wieder auf zehn Jahre abgeschlossen werden, diesmal jedoch bei dem Gemeindeverwaltungsvorstand; die Prämie beträgt 806 M. Der vom Reichsminister ausgeschriebene Preisgang für die höchste Entschädigung der Haushaltseinheiten trat man nicht an.

Montag den 29. Dezember 1913

hr. 64 Orts.  
en November  
statistischen  
in Jahr ge-  
ner und 11,3  
s Vorjahres

gegen die  
et alle durch  
raphie,  
raphie  
hergestellt  
die Druck-  
papierpressen  
jahrheftes  
der Name des  
Bei Bütten  
verden, um  
zugeordneten  
handbüchern  
Postkarten  
und Unten  
für offene  
Handel ge-  
nhaften in  
der Saison  
Auf jede  
starkenform  
ein als da  
Drucksache

erzeugend.  
6. Januar  
ührung des  
e Nachfrage  
seit haben,  
15 Pf. sind  
Ringenberg  
baufreien  
stellung der  
neuem Pro-  
vorstellungen  
nen stehen.  
leite neuer  
m wurde das  
enjahrestag  
mit neuem

gen gegen  
Personen  
unbekannt  
Unterlieb  
automobils

en Dresden  
chen Amts-  
1. Masern  
usten, drei  
Opfer, im  
Juli, 74  
durchfall,  
ern unter  
le übrigens

diesjährige  
lungen und  
gerfasins,  
ab. Eine  
eleganzheit,

Steinbach. Der Gemeinderat nahm in der letzten Sitzung einen Vorschlag der Kirchengemeinde für den Haushaltplan 1914. Es ergibt sich, dass das Defizit durch die Reparatur der Kirchhofmauer und des Pfarrhauses um 300 M. höher ist als im vorigen Jahre, und dementsprechend die Kirchenanlagen zu erhöhen sind. Wegen Anschaffung des Radargeräts und einer neuen Wahlurne wird beschlossen, dass die Gemeinde Neuer Anbau nach Zahl des Bischöfstandes begrenzt ist auf Bezahlung mit herangezogen werden soll. Als Schulvorsicht wird Herr Bruno Winter, als Kassenwirker werden die Herren Robert Stöbler und Blümker gewählt. Die Erstwahl der 2. und 5. Klasse soll Anfang Januar erledigt werden.

### Bereinstehender für Dienstag.

4. Kreis, Bezirk Weißig. Abends 9 Uhr Gruppierung im Gasthof zu Reichenbach. Verbund der Hütnerbeiter und arbeiterinnen, Mitgliedschaft Dresden und Uml. Abends 8½ Uhr wichtige Mitgliederversammlung im Volkshaus. Klempner, Installatoren, Helfer. Abends 8 Uhr Neuwahl des Gesellenausschusses im Restaurant Drei Räben, Marienstraße 18/20, Oststraßenseite für Gittersee und Radbarothe. Abends 8 Uhr Ausdruck-Sitzung in der Hochbohreiche zu Glittere.

### Aus aller Welt.

#### Aus der nationalen Jugendbewegung.

In Niesky im Wahlkreise Rothenburg-Großröhrsdorf besteht eine nationale „Jugendwehr“. Verschiedene junge Leute, die als „Soldaten“ oder „Chargierte“ der Jugendwehr angehörten, haben sich als rechte dreierte Spitzbuben entpuppt. Sie verübten ihre Diebstähle in der Bäckerei, in Buchhandlungen, Uhrengeschäften und anderen Läden. Die Bäckereien gingen dabei so zu Werke, dass sie als Räuber auftraten und von dem Bäckerinhaber immer Waren verlangten, die dieser nicht vorr im Laden hatte. Während der Geschäftsmann die gewünschten Waren herbeiholte, entwendeten die jungen Leute, was sie erreichen konnten und verdursten. Wahrscheinlich liegt der Anreiz zu den Diebstählen darin, dass die nationalen Jünglinge an feiner Verantwortung der bürgerlichen Jugendwehr fehlten wollten und dazu das nötige Kleingeld brauchten. Die Lokalpresse, die sonst immer jede Veranstaltung der nationalen Jugendwehr ins beste Licht rückt, blüht über diese Vorfälle in tiefstem Schweigen.

#### Die Schreckensstatistik von Oberstensfeld.

Oberstensfeld, 27. Dezember. Das Drama in Oberstensfeld hat ein weiteres Todesopfer gefordert: Die Frau des Gläfers Niemann, die in der Nacht zum ersten Feiertag durch Schrotflinte ihres Mannes schwer verletzt wurde, ist heute abend gestorben. Sie hatte schweren Schuhverletzungen an der Hand, an der Brust und im Unterleib, die nach qualvollem Leiden den Tod der erst 26jährigen Frau herbeiführten. Noch im Laufe des Nachmittags wurden ihr an der linken Hand zwei Finger abgeschnitten. Der Zustand der älteren Schuhverletzung ist bei einigen behinde Hoffnungslösung. Die Schrotflüsse haben bei mehreren Verletzten die Lungen durchschossen. Sie hielten sich beide Langenblutungen ein, die nur wenig Hoffnung lassen, die Verletzten am Leben zu erhalten. Einem Schwangeren Niemanns, der ebenfalls eine Schrotflüsse erhielt, sind nicht weniger als 18 Schrotflüsse in die Brust eingedrungen. Auch sein Zustand ist Hoffnungslos.

Über die Verhaftung des Mörders, die in einem Gartenhaus der ehemaligen Wohnung in Oberstensfeld erfolgte, erfuhr man jetzt noch nichts.

Unsere Vertreter verwendeten sich jedoch für eine entsprechende Meldung der Landgemeindeordnung. Von den vor längerer Zeit von mir vertretenen eingesetzten und ausführlich begründeten Anträgen zur Arbeitslosenfürsorge wurden die abgelehnt (gegen zwei Stimmen), die eine Petition an den Land- und Reichstag bewiesen, während in den anderen Ratsausschüssen (der Bau einer Straße) und direkt wütiges Entgegenkommen der Unterlagsausschüsse beschlossen wurden. Jetzt erklärte Goetz die „Gürtelhaltung“ in der Abhaltung öffentlicher Sitzungen, die späte Beratung dieser Anträge sei darauf zurückzuführen. Trotzdem sei es jedoch nicht zwecklos, noch zu positionieren. Vom Gemeindevorstand wurde bemerkt, dass unter den hier gedachten 18 Arbeitslosen sich ein großer Teil befunden habe, die nur nicht arbeiten wollten. (?) Zu den Kosten der Stadtbahn im Sitzungsraum bewilligte man 30 M. Beihilfe. Der Teilbebauungsplan A ist nunmehr von der Behörde genehmigt worden. Herr Bafel, seinen Wünschen davon abhängig, will für 40 Meter Straßentendenzenneben bei einem etwaigen Kostenbetrag von 60 bis 70 M. für das Meter. Da jedoch, zum Teil wegen Bodenbaus, das durch finanziell 130 M. verschlagn und soll vorerst noch einmal der Bauausschuss die Kostenanschläge genau prüfen und beraten. War hofft, dass 105 Meter lange Straße Anfang Februar bauen lassen zu können.

In einer Resolution ersuchte die legte Einwohnerversammlung den Gemeinderat, die Verhandlungen überhandungen mit den befreigten Gemeinden fortzusetzen, den Rathausbau zu unterlassen.

Goetz unterstützte dieses Ersuchen und erhob es zum Antrag, den man aber ohne die Worte gegen zwei Stimmen ablehnte. Der Vorsitzende des Haushaltservereins äußerte dabei, die Haushaltservereins, die Betriebsmelungsvorlage für abgetragen zu betrachten. Ein hoher Wunsch — Bei der Beratung des Haushaltplans nahm Goetz Anstoß daran, dass der Zusatz für die Kirche (7000 M.) erheblich gestiegen ist. Unsere Vertreter lehnten diesen Posten ab. Der Gesamtbedarf der Gemeindekasse an 171.070 M. (25.000 M. mehr als im Jahr 1913) soll gedeckt werden, was durch die Einkommenssteuer und telephonischen Verbindungen mit dem Westen und Süden des Reiches sind vielfach unterbrochen.

Wolfsburg, 29. Dezember. Aufgrund des Niederganges gewaltiger Schneefälle war gestern der Straßenverkehr vor der Stadt nach den Vororten und nach Wiesbaden vollständig lahmgelegt.

Stuttgart, 28. Dezember. Bei sehr feinem Barometerstand trat gegen 6 Uhr abends ein orkanartiger Sturm auf, der nach hier eingegangenen Nachrichten, in ganz Süddeutschland großen Schaden anrichtete und besonders auch Telephon- und Telegraphenstricken im Gefolge hatte. Die telegraphischen und telefonischen Verbindungen mit dem Westen und Süden des Reiches sind vielfach unterbrochen.

Karlsruhe, 28. Dezember. In der Rheinebene und im Schwarzwald richteten orkanartige Schneefälle bedeutenden Schaden an.

Nach der Weihnachtsfeier ermordet.

Mainz, 28. Dezember. In Nierstein am Rhein wurde auf der Rückseite von einer Weihnachtsfeier der 24jährige Landwirt Würz von den beiden Söhnen des Bäuermeisters Ulrich, die mit Würz in Streit lagen, überfallen und durch Stich in den Unterleib getötet. Beide feiern die Tat und schreiben sie einem unbekannten Bäuerlichen zu.

#### Eisenbahnmagazin.

Trier, 28. Dezember. Gestern abend sind im Kaiser-Wilhelm-Tunnel bei Rothenburg zwei Güterzüge zusammengefahren. Ein Wagen stand tot und drei verletzt. 40 Wagen wurden zertrümmert. Der Betriebsrat ist für zwei Tage gesperrt. Als Ursache des Unglücks wurde bis jetzt ermittelt, dass beim Auswechseln einer schwachen Scheibe die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügend beachtet wurden.

#### Strenger Winter.

Prag, 28. Dezember. Ein 26 Stunden andauernder Orkan hat in ganz Böhmen große Verhöhrungen angerichtet. Aus dem böhmischen Wald treten Melbungen ein, wonach der Sturm am meisten in der Gegend von Taus gehauft hat. Auch im Riesengebirge herrsche heftiger Schneesturm, wobei zahlreiche Häuser in verschiedenen Gebirgsorten abgedeckt wurden. Auch aus anderen Gegenden des Landes kommen Nachrichten über umfangreiche Verhöhrungen.

#### 6100 Meter Höhenflug im Aeroplano.

Paris, 27. Dezember. Einen neuen Höhenrekord hat der französische Flieger Legagneux heute aufgestellt. Er erhob sich auf dem Aerodrom von Cannes und erreichte eine offiziell festgestellte Höhe von 6100 Meter. Er hat damit den letzten Höhenrekord geschlagen, den der unglücklich tödlich verunglückte Flieger Verchon aufgestellt hatte, und der mit 5890 Meter gemessen wurde.

#### Die gesellschaftlichen Verbrecher von Bogomac.

Paris, 27. Dezember. Das südtirolische Südtirolsche Bogomac hat es im Laufe des Zelt durch seine geheimnisvollen Banditen geradezu zu einer Deliktskunst gebracht. Das Südtirol und seine Umgebung wird seit Jahren von Banditen heimgesucht, ohne dass es bisher gelungen wäre, ihrer Habhaft zu werden oder sie auch nur zu sehen. Die Banditen haben in der Zeit vom 1. April des Jahres 1908 bis zum 22. Januar d. J. nicht weniger als 43 Brande, 18 Attentate, 17 Mordversuche und 4 Morde begangen. Alle Bemühungen der Gendarmerie und zeitweise auch des Militärs waren bisher vergeblich. Seit drei Tagen herrschte nun in ganz Bogomac unändige Furcht darüber, dass es durch einen Zufall gelungen war, das Haupt der Bande, einen angesuchten Bandit namens Chapolca, zu verhaften. Chapolca hat auch bereits eine große Anzahl Straftaten eingestanden. Die Freude des Südtirols ist jedoch nicht lange dauern, denn gestern wurden wieder zwei Verbrechen verübt, die unbedingt auf das Konto der Bande zu setzen sind. So wurden auf einem alten Bauern drei Schüsse abgegeben, die diesen schwer verletzten. Einem andern Bandit wurde man eine Schiebung an. Man glaubt, dass die Bande unter Androhung weiterer Schandtaten versuchen wird, die Freilassung ihres Oberhauptes zu erzwingen.

#### Eine Soldatenfragde.

Paris, 27. Dezember. Am ersten Weihnachtstag hat sich in dem Garnisonort Vitry eine furchtbare Soldatenfragde zugetragen. Der Soldat Verdel vom 70. Infanterie Regiment schrie in stark angezücktem Zustande am Abend des Weihnachtstages in die Kasernen zurück und geriet bald darauf mit einem Soldaten in Streit. Er versetzte dem Angerosten mehrere Messerstiche in den Kopf und wollte dann mit einem aufgespalteten Bajonet auf den Mann losgehen, doch gelang es dem Angerosten, rechtzeitig die Flucht zu ergreifen. Er hat ähnlich schweren Schaden um den Kopf davongetragen. Ein Sergeant versuchte nunmehr, den Totenden zur Ruhe zu bringen, doch war nur dem Erfolg, dass dieser schwere Beleidigung gegen ihn ausstieg und schließlich das Bajonet auch gegen ihn richtete, so dass er sich gleichfalls qualzähne machen musste. Dann wandte sich der betrunkenen Soldat gegen einen anderen Stubenmann und stach ihn zu Tode. Dieser griff jedoch gleichfalls nach einem Bajonet, und zwischen den beiden kam es dann zu einem furchtbaren Bajonet-Duell. Schließlich brach der Trunkene, der mit erbittertem Hass seine Waffe führte, zusammen, der Stahl des Gegners hatte ihm die Brust durchbohrt. Der Gegner ist gleichfalls verstummt worden, jedoch weniger schwer. Er ist unter Verfolgung gestorben, da er in der Notwehr handelte. Der Soldat Verdel liegt im Sterben.

#### Schneesturm und Kälte in England.

London, 28. Dezember. Nach dem schönen Wetter, das während der Feiertage in England geherrscht hat, ist jetzt Schneesturm und Kälte eingetreten. Aus den verschiedensten Teilen Englands, Irlands

und besonders Schottlands werden starke Schneefälle gemeldet, die Verkehrsstillstände und sonstiges Unheil angerichtet haben. Im Distrikt von Liverpool war der Sturm so hart, dass viele Boote, die am Strand verankert lagen, hinweg in die offene See getrieben wurden. Eins dieser Boote, das mit acht Marinestaffeln besetzt war, die die Aufgabe hatten, die Post an Land zu bringen, wurde von dem entsetzlichen Element zwei Stunden hin und her geworfen und schließlich an das Ufer getrieben. Die Soldaten waren vollständig erschöpft. Das Dampfschiff Mona, das eben mit der Besetzung nach Konstantinopel abgefahren sollte, lief im Sturm bei Soutend auf einen Felsen auf und erlitt schweren Schaden an der Rückschwelle. Es konnte nach Schneefall gerettet werden. Der dänische Schoner Enza musste den Hafen von Plymouth aussuchen. Er war vom Sturm sehr sämtlichen Segel überwältigt worden und trieb im Atlantischen Ozean, den Wellen hilflos preisgegeben, umher, bis es endlich gelang, Almond zu erreichen. Der norwegische Dampfer Ross kam ebenfalls in Plymouth an, um hier vor dem Sturm Schutz zu suchen. Er war in der Nordsee auf eine Sandbank aufgelaufen und hatte Wasser in seinen Räumen. Er musste auf Boot gebracht werden.

#### Sturmflut an der Küste von Neuseeland.

Neuseeland, 27. Dezember. In Wellington (Neuseeland) sind infolge eines nach heftigem Sturm eingetretener Küstewelle 20 Personen ertrunken. Das Boot ist an verschiedenen Stellen weit ausgewichen. In den kleinen Südlichen Seabridge ist ein ganzes Schaufelboot von den Wogen weggeschwommen. Der Schaufelboot, den der Sturm an der Küste angespült hat, befand sich auf Millionen. Mehrere Personen, die von dem Unwetter überrascht wurden und sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnten, sind ertrunken.

#### Dresdner Polizeibericht vom 29. Dezember.

Ein Fahnder — Gemme, einen Kopf darstellend — mit Wiedergabe ist Mitte dieses Monats abhanden gekommen. Mitteilungen werden an das Kommando der Königlichen Polizeidirektion erbeten.

#### Leichte lokale Nachrichten.

Selbstmord. Angeblich aus Furcht vor Unterbringung in eine Anstalt vergiftete sich in der Wohnung seiner Eltern auf der Engelstraße ein 15 Jahre alter Arbeitsbeschäftigte mit Leuchtgas. Wegen ethischer Differenzen erhangte sich ein in der Serestraße wohnender Kaufmann. Anfolge Schwerwund erstickte sich in einer Gedächtnisschwäche die in den dreijährigen Jahren stehende Privatsekretärin. In ihrer auf der Fürstenstraße gelegenen Wohnung. Die ledige Lehrerin hatte, um ihren Zweck sicher zu erreichen, eine Kette mit Schloss um den Hals gelegt, damit sie vom Boden der Wanne nicht empor konnte.

#### Prognose der sächsischen Landesklimatologie

für den 30. Dezember:

Nordwestwind; wolzig; etwas kälter; Schnee.

Wetterlage: Die Wetternachrichten sind spärlich eingegangen. Die vorhandenen Beobachtungen lassen erkennen, dass das Tie: ständig fortsetzt, und lassen vermuten, dass hoher Druck von Nordwesten her vorrückt. Die aus dem Nordischen stammenden Winde bringen Schnee. Eine erhebliche Verschärfung der Wetterlage ist nicht zu erwarten.

#### Wetterbericht von der Wetterstation an der Friedrich-August-Brücke vom 29. Dezember, mittags 12 Uhr.

Barometer 739. Regen und Wind.

Thermometer +3° R.

Thermometerkarograph: Min. - Maxim. -5°.

Hygrometer 70%. Wasserstand der Elbe — 64 Zentimeter.

## Internationale Bibliothek.

Band	Titel	Preis
2	Havsky, Max' ökonomische Lehren . . . . .	Geb. 2.—
5	Havsky, Thomas More. 2. Auflage . . . . .	8.—
6	Pekel, Charles Fourier. 3. Auflage . . . . .	2.50
8	Stein, Die Philosophie Spinozas. 3. Auflage . . . . .	2.—
9	Pekel, Die Frau und der Sozialismus . . . . .	3.—
10	Fissagary, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Aufl. . . . .	8.—
11	Engels, Der Ursprung der Familie . . . . .	1.50
12	Marx, Das Elend der Philosophie . . . . .	2.—
13	Havsky, Das Erfurter Programm . . . . .	2.—
14	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England . . . . .	2.50
15	Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes . . . . .	2.50
17	Mehring, Die Felsung-Legende. 2. Auflage . . . . .	8.—
18	Enz, Gleicne Leder und der Marxistische Communismus . . . . .	2.—
21	Engels, Eugen Dürings Urmäßigung der Wissenschaft . . . . .	3.—
22	Pichler, Das Acquise der Philosophie . . . . .	2.—
24	Marx, Revolution und Kontakte-Revolution . . . . .	2.—
26	Podel, Leben und Tod . . . . .	2.—
26a	„ Kleineres Ansässige . . . . .	2.—
27	Moses oder Darwin? . . . . .	1.50
28	Endemann, Engo, Südtiroler Verwaltung und Montafon-Sozialismus in Englands. 2. Auflage . . . . .	2.50
30	Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie . . . . .	2.50
31	Pichler, Das Leben der menschlichen Kapitalarbeit . . . . .	2.—
32	„ Kleineres philosophische Schriften . . . . .	2.50
33	Deutsch, Sechzehn Jahre in Siberien . . . . .	3.50
35	Platz, Mehrwert. Band I. Von Kautsch . . . . .	6.—
36	“ . . . II. Teil I. Von Kautsch . . . . .	5.—
37	“ . . . II. . . . .	5.50
38	Havsky, Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung . . . . .	1.—
39	Blasius, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten . . . . .	8.—
40	Fashinow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland	

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Berichterstattung des deutschen Arbeitsmarktes im November 1913.

Nach vorläufiger Mitteilung des Reichsstatistischen Amtes aus Gründen der Verhältnisse für das Reichsarbeitsblatt zeigte die Lage des gewerkschaftlichen Arbeitsmarktes im November gegenüber dem Vormonat eine weitere Ab schwächung.

Die am das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen hatten am 1. Dezember 1913 5.827.406 befreitgliige Mitglieder (3.651.522 männliche und 1.675.870 weibliche) oder 19.284 weniger als am 1. November 1913, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 24.788 oder 0,67 Proz. abgenommen, die der weiblichen um 55.22 oder 0,33 Proz. zugenommen. In der Regel tritt vom 1. November zum 1. Dezember für die männlichen Personen ein Rückgang, für die weiblichen eine Vermehrung der Versicherung ein. Im Vorjahr nahm im November die Zahl der männlichen versicherungspflichtigen Mitglieder um 0,62 Proz. ab, die der weiblichen um 0,51 Proz. zu.

Nach den Berichten von 16 größeren Arbeiterschaftsverbänden mit zusammen 1.78 Millionen Mitgliedern waren Ende November 1913 51.803 oder 3 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 27 Proz. Ende Oktober 1913. Von Ende Oktober auf Ende November folgt eine Steigerung der Arbeitslosigkeit einzutreten. Während aber im vorigen Jahr nur eine Erhöhung von 1,7 Proz. im Oktober auf 1,8 Proz. im November erfolgte, ist abgesehen von den wesentlich höheren Verhältniszahlen, in diesem Jahr auch die Zunahme der Arbeitslosengüter von Oktober auf November beträchtlicher.

Bei 309 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 109.907 Vermittlungen fanden im November auf 100 offenen Stellen bei den männlichen Personen 212, bei den weiblichen 189 Arbeitsgeschäfte. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 178 und 122. Hieraus hätte der Anfang männlicher wie weiblicher Arbeitssuchender erheblich zunommen. Auch hier macht sich die alljährliche zu Ende des Jahres eintretende Steigerung der Zahl der Arbeitssuchenden deutlicher als sonst bemerkbar.

Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im November lauten verschieden. Berichterstattung gegen das Vorjahr melden nahezu alle Industrien, namentlich der Ruhtholzverarbeitung, die Eisen- und Stahlindustrie, Rohstoffherstellung, Tegut-, Holzindustrie und das Baugewerbe.

### Aus der Umgebung.

Die Zustände bei der Firma Krumpolt, Buschmühle bei Schmiedeberg.

Im Mai dieses Jahres traten die organisierten Schwerarbeiter und Maschinenarbeiter bei der Firma in den Streik, um die ungerechtigen Löhne von 30 bis 40 Pf. pro Stunde etwas aufzubessern. Herr Krumpolt schaffte die Fortsetzung brutal ab. Die Kollegen streikten zehn Wochen, seither wurde zum Streikfeuer, lieber reisten sie ab. Der Streik wurde dann abgebrochen, denn die Streikenden waren alle untergebracht. Leider hatten sich Arbeitssuchende gefunden, denen auch ein höherer Lohn gesetzt wurde. Herr Krumpolt waren die Verhältnisse gnädig. Die herausfordernde Aktion trieb ihm Arbeitswillige zu, dann hatte er auch Sommerfrischler. Die Arbeiter aber meinten die Buschmühle, heute sind die Sommergäste fort und die lieben Arbeitssuchenden, die noch da sind, möchten lieber dort sein, wo es ihnen besser ginge. Herr Krumpolt hat nämlich wieder abgesagt. Die Leute müssen aber jetzt nicht wohnen, den Rückhalt der Organisation haben sie auch nicht und so müssen sie eben bleiben. Sobald die Verhältnisse für sie günstiger werden, wird Herr Krumpolt ohne Arbeiter dastehen. Jedenfalls haben die Arbeiter keinen besonderen Grund, die Buschmühle zu frequentieren.

### Inland.

#### Erfolgreiche Lohnbewegung von Kinoangestellten.

Die Tarifbewegung der Kinoangestellten in Elberfeld. Gärmen hat ihren Abschluss mit einem vollen Erfolg für die Angestellten gefunden. In sämtlichen Theatern arbeiten nunmehr die Angestellten unter tariflichen Verhältnissen. Der Mindestlohn für Operettene 25 M. resp. 30 M.; für Sängerpianisten 38 Mark resp. 45 M.; Portiers 32 M. resp. 36 M.; Kontrolleure über 21 Jahre alt 28 M. resp. 32 M.; im Alter von 18 bis 21 Jahren 20 M. resp. 24 M. Besondere Verhandlungen sind extra zu entschädigen. Sämtliche Angestellten erhalten aller 14 Tage einen freien Tag unter Fortzahlung des vollen Lohnes. Wuhlage über solche Tage, an denen Verführungen gesetzlich verboten sind, gelten nicht als freie Tage. Auch die Feierabende des Weihnachtsfestes von 6 Uhr an ist von allen Besitzern anerkannt worden.

### Gewerberichtswahlen.

Bei den Gewerberichtswahlen für den Bezirk Rosenheim entfielen auf die Liste 1 (freie Gewerkschaften) 730, auf die Liste 2 (christliches Gewerkschaftsblatt) 617 Stimmen. Im Jahre 1910 entfiel die freie Liste 782, die christliche 122 Stimmen.

### Monatliche Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Der Deutsche Textilarbeiterverband veranstaltet allmonatlich Arbeitslosenzählungen. Für den Monat November haben sich folgende Zahlen ergaben: Bei einem Mitgliederbestand von 84.732 männlichen und 34.477 weiblichen wurden 2223 Arbeitslose festgestellt. Im November des Vorjahrs waren es 728. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindliche Arbeitslose gemeldet 138, im November des Vorjahrs waren es 91. Bei der Zählung wurden 95 Prozenter der Mitglieder erfasst.

### Ist der Boykott reizhaft?

Das Reichsgericht nahm in einer Verhandlung am 19. Dezember den Standpunkt ein, daß die Verbürgung eines Boykotts im Lohnkampf erlaubt ist. Auch ein Antritt in der Sperrreise ist berechtigt, um den Gegner nachgiebig zu machen. Ein Verbot am Lohnkampf nicht Beteiligter ist dagegen nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar. Verbürgt kann die Sperrreise auch über Unbefristete werden, strafbar ist nur ihre Verbreitung und der damit verbundene Druck auf ihren Willen.

### Ausland.

#### Der Kampf der österreichischen Buchdrucker.

Der Kampf der Buchdrucker dauert nunmehr bereits voll zwei Wochen. Am 29. November wurden die ersten Aussparungen vorgenommen. Das Ergebnis war läufig. Kaum sieben Prozent der Gehilfenkraft wurden ausgesperrt. Die Schatzmacher waren darüber sehr empört. Sie beschlossen, alle Prinzipale wirtschaftlich zugrunde zu richten, die sich ihrem Gebot nicht fügten. Am 8. Dezember wurden dann fünfzig Prozent der Gehilfen ausgesperrt. Nun legte die Gehilfenkraft den Prinzipalen den Gehilfentarif zur Unterschrift vor. Am 13. Dezember erfolgte dann die Rücksicht in jenen Betrieben, deren Inhaber zwar nicht ausgesperrt hatten, aber den Gehilfentarif nicht annahmen. Am 27. Dezember haben die letzten Gehilfen die Betriebe verlassen, in denen der Gehilfentarif nicht angenommen wurde. — Nun stehen kurz geschauten und Gehilfen im Kampf, außerdem mehrere tausend Hilfsarbeiter. Und ein Drittel der Gehilfen ist außer Gefecht. Zum größten Teil arbeiten sie schon zu den neuen Bedingungen. Der andere Teil besteht aus den Gehilfen der Wiener Zeitungsdruckereien, der Staatsdruckerei und der Österreichisch-Ungarischen Post, die in den Konflikt nicht direkt verwickelt sind.

Von Tag zu Tag mehrt sich die Zahl der Buchdruckereien, die den Gehilfentarif bewilligen, trotzdem die Schatzmacher im Unternehmenslager mit allen Mitteln versuchen, die einzelnen Prinzipale davon abzuhalten. Es liegt bereits eine lange Liste von Druckereien vor, die sich dem Kommando der Schatzmacher nicht beugen und es vorsiehen, die möglichen Fortsetzungen der Gehilfenskraft zu bewilligen. Auch der größte Preisvertrieb in Wien, die Buchdruckerei Steyermühl VI, läßt bei achtstundiger Arbeitzeit und bei vollem Lohn normal weiterarbeiten. Die bürgerliche Presse sucht das Publikum gegen die Gehilfenskraft aufzuhören. Vor allen anderen Blättern ist darin die christlich-nationale Presse hervor. Einzelne Einzelunternehmen verzichten an den Schmiedehäusern Streitbeschwerde. Auch der Generaldirektor der freisinnigen Reichsbergerer Zeitung sitzt an der Schmiedehäusern. In Wien wurde beschlossen, die Buchdruckerei zu schließen, um die Zeitung wenige Stunden in der Woche länger in den Druckereien zu haben. Der Landeskultusrat möchte aber einen Strich durch diese Rechnung, indem er den Beschluss des Schulausschusses aufhob.

Naß alle Blätter erscheinen in stark eingeschränktem Umfang; einige geben, um nur den Interessen vorzudienen zu können, daß ihre Anzeigen erschienen seien, mit dem Kenngrafen über die Veröffentlichungsgesellschaften hergestellte Nummern aus, die gemeinsam nichts als die Interesse enthalten.

Auf Prag wird gemeldet: Im Volksbauhof fand eine Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter statt, in der beschlossen wurde, den Buchdruckereibesitzern den bisher gültigen Arbeitsvertrag zu widrigen und dem Buchdruckeramt den Entwurf eines neuen, verbesserten Lohntarifes zu überreichen.

Die Wiener Sonntagsblätter sind am Sonntag morgen nur in stark beschränktem Umfang erschienen.

In ganz Steiermark sind sämtliche bürgerlichen Blätter gestoppt, ihr Erscheinen eingestellt.

Die Prinzipale, die am 20. Dezember dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker für das Antrichten der Vermittlung ein Dokumenttelegramm gesendet haben, haben seit dieser Zeit in eine volle Woche seither vertritten! — nicht unterzogen, um der österreichischen Regierung erkennen zu geben, daß sie Verhandlungen wünschen. Seit dem 8. Dezember bemüht sich die Regierung, eine Grundlage für Verhandlungen zu schaffen. Die Prinzipale verschließen aber immer wieder die entscheidende Antwort.

### Wiederaufnahme der Arbeit in Teile.

Zu einer Versammlung der freiliegenden Hafenarbeiter wurde mit 748 gegen 338 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß den Arbeitern die Versicherung gegeben wird, daß eine Bestrafung oder Entlassung wegen des Streiks nicht erfolgt.

### Der Ausstand der Südböhmischen Arbeiter in Zebed.

Der Streik in Zebed ist zu Ende. Die Arbeiter haben gegen den Rat der Hilfsheer ihre Forderungen fallen gelassen und die Arbeit wieder aufgenommen.

## Parteitage.

### Sozialdemokratie als Gemeindevertreter.

Zum zweiten Male wählt in Bielefeld die Gemeindevertretung des benachbarten Dorfes Schildecke, die in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, einen Sozialdemokraten zum Gemeindevertreter. Die Wahl hat eine eigenartige Vorgeschichte. Bei der vor einigen Monaten stattgehabten Wahl zur Amtsvertretung wählte der bisherige Gemeindevertreter, der sich zu konserватiven Anschauungen bekannte und der evangelischen Kirchenvertretung angehört, einen sozialdemokratischen Gemeindebevörorten aus der Amtswahl heraus, obgleich die sozialdemokratische Mehrheit der Gemeindevertretung auch in der Amtsvertretung vertreten sein sollte. Als ihm daraus Schwierigkeiten entwuchsen, legte er sein Amt als Gemeindevertreter nieder und nahm dies auch nicht wieder an, als die sozialdemokratische Mehrheit ihn wieder wählte. Daraus wählten die Sozialdemokraten einen der jüngsten zum Gemeindevertreter. Diese Wahl wurde jedoch vom Landrat des Landkreises Bielefeld nicht bestätigt. Trotzdem wählten die Sozialdemokraten jetzt ihren Genossen wieder. Wenn diesem wiederum die Genehmigung verfolgt bleiben sollte, so wird der Landrat gemäß § 38 der Landgemeindeordnung einen Stellvertreter ernennen, der so lange im Amt bleibt, bis eine neue Wahl die Bestätigung erlangt.

### Neues Parteitagsamt.

Die Entwicklung der Parteiorganisation im Wahlkreis Schweinfurt-Haßfurt-Obern hat im letzten Jahr eine sehr erfreuliche Entwicklung aufzuweisen. Eine zuletzt beschlossene Wahltagsgeneralversammlung in Schweinfurt beschloß, ein Parteitagsamt zu errichten. Die zur Durchführung des Landes notwendige Beitragserhöhung von 30 auf 40 Pf. pro Monat wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Nach einstimmigem Beschuß der Generalversammlung soll von einer Auszeichnung der Stelle abgesehen und der Genosse Södler-Schweinfurt mit der Führung des Sekretariats betraut werden.

### Wichtige Beschlüsse für den internationalen Sozialistikkongress.

Der Vorsitz der englischen unabhängigen Arbeiterpartei hat in seiner letzten Sitzung zwei Resolutionen angenommen, die auf dem internationalen Sozialistikkongress in Wien zur Sprache gebracht werden sollen. Der erste Vorschlag geht dahin, daß im Falle eines Krieges zwischen zwei europäischen Mächten sofort in ganz Europa der Generalschreit ausgerufen wird. Die zweite Resolution sagt, daß es mit Rücksicht auf die Krisen wachsenden militärischen Kosten geboten sei, daß die internationale Sozialdemokratie Mittel und Wege finde, damit für die Zukunft ein jeder Krieg vermieden würde. Wenn es über keinen Krieg mehr gäbe, dann würden auch die Völker keine Militärlasten mehr zu tragen haben.

## Soziales.

### Die Volksfürsorge in Dresden.

In den ersten vier Monaten seit Aufnahme der Tätigkeit für die Volksfürsorge und trotzdem erst der Stadtteil bearbeitet werden konnte, haben mehr als tausend Arbeiter Angestellte und Bürger Versicherungen bei der Volksfürsorge abgeschlossen. Die Durchsicht dieser Arbeiter-Institution ist allgemein, weil der dreimal gegebene sozialistische Gewinn in Gefahr ist. So sieht denn auch in Dresden ein ehriges Werben um die Kunst der Wichtversicherungen und eine heftige Agitation ein, die mit den fragwürdigen Mitteln betrieben wurde. Selbst der Magistrat der Stadt sucht bei den städtischen Arbeitern durch seine Organe für die gegnerischen Gesellschaften Stellung zu machen. Allerdings konnte aber den guten Erfolg der Agitation der Arbeiter für ihre Volksfürsorge nicht verhindern. Wobei es überall recht gut vorwärts gehen, damit die Gegner die Macht der Arbeiterbewegung führen können.

Die Arbeitslosenversicherung im In- und Ausland wird in einer Sonderbeilage zum Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes in Berlin vergleichende Übersichten mit einer kurzen Erläuterung dargestellt. In den Übersichten für das Ausland sind unterschieden die Länder mit gesetzlicher Regelung (Großbritannien, Norwegen und Dänemark), die Länder ohne solche, in denen den Gewerkschaften Zusätze des Staates, der Provinzen oder der Gemeinden gedroht werden, und die mit öffentlichen

freiwilligen Versicherungskassen. Im Deutschen Reich werden bei den städtischen Einrichtungen unterschieden die Zusätze an Berufsvereine, die an Sparvereinigungen und Sparer und die öffentlichen freiwilligen Versicherungskassen. Ledebur und neben den wichtigen Bestimmungen für die Versicherung die Hauptergebnisse des legenden Berichtsjahres wiedergegeben, da er sie die soziale Bedeutung der Einrichtung erkennen lassen. Diese ist unbedingt am größten in den einzigen Landen, das bisher die Sozialversicherung, wenn auch nur für einzelne Gewerbe, eingeführt hat, in Großbritannien, mit rund 25 Millionen Sozialversicherer und einem Staatsfonds für die Sozialversicherung von 600.000 Pfund Sterling sowie außerdem etwa 600.000 Organisationen, denen Staatssubventionen nach Gentler System (70.000 Pfund Sterling) zugute kommen. Von den Ländern und Städten, in denen das System allein besteht, hat noch die zehnte Einwohner Dänemark aufgewiesen, wo etwa 90.000 der Versicherungsfähigen darunter fallen und die Städte und Gemeinden zusammen 1.2 Millionen Einwohner betragen. Bei neuen denkbaren Städten ergibt sich eine Jahresleistung auf Grund des Gentler Systems von nur wenig über 40.000 Pf. Dagegen wendet die Stadt Berlin für die dortige freiwillige Versicherungskasse, die bisher 60.000 M. auf.

## Der Parteitag der Polnisch Sozialistischen Partei.

Olszecim, 25. Dezember.

Der Parteitag der P. S. wurde heute mittag 1 Uhr in Olszecim, einer galizischen Grenzstadt eröffnet. Man hat sich seit der deutschen Grenze begibt, um vor den "Renegaten" gefasst zu sein. Auch wird eine strenge Kontrolle geführt, damit kein unbefreiter an den Verhandlungen teilnimmt.

Anwesend sind etwa 25 Delegierte aus Oberschlesien, Breslau, Bremen, Hamburg, Rheinland-Westfalen und Leipzig. Der galizischen Genossen nehmen Haase und Diamond, letzterer ist Mitglied des Internationalen Komites, an den Verhandlungen teil.

Über den 1. Punkt der Tagesordnung, das Verhältnis zu der deutschen Sozialdemokratie referiert Bielski-Siemies-National. Er sprach im Begegnung zu seiner bisherigen Kampfweise, recht ruhig. Nationalistisch ist der Beschluss des Jenaer Parteitages — nach Ausschluß des Referenten — nur dem deutschen Nationalismus und dem Deutschen Nationalismus zugewidmet. Er legte dem Parteitag folgende Resolution vor:

Der 15. Parteitag der Polnisch Sozialdemokratischen Partei, preußischen Anteils, verbandt mit dem Besuch der deutschen sozialdemokratischen Partei in Jena als eine Probe der Verschärfung des polnischen Volkes. Der deutsche Parteitag hatte das Recht, daß im Jahre 1906 getroffene Vereinbarungen zu brechen, aber der Angriff auf das Leben der P. S. und die demagogischen Bekämpfungen der polnischen Arbeiter und die Auflösung aus Eintritt in die deutschen Wahlvereine ist ein nationales Verbrechen und eine Rechtsbrüderung der Interalienität, die alle Nationen anerkennt, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einem Staat. Und weil sich die deutsche Sozialdemokratie auf der polnischen Erde häuslich einrichten will und schenkt ihrer leidenschaftlichen Anhänger vorwiegend, daß sie in den polnischen Wahlbezirken Kandidaten der Wahlvereine ausspielen wird, so beschließt der Parteitag: Die P. S. nominiert ihre Kandidaten in allen Bezirken der polnischen Wandeiteile, je nachdem es die finanzielle Mittel erlauben.

Um die deutsche Partei zu zwingen, welche Rechte in den polnischen Wahlbezirken zu respektieren, nominiert die P. S. in jenen deutschen Bezirken Kandidaten, in welchen die polnischen Stimmen über die Wahl des Abgeordneten entscheiden, wie z. B. in Bremgau-Gelsenkirchen, Dortmund-Hörde, Duisburg-Mülheim, Bremen usw. — In anderen Bezirken entscheidet jedesmal die P. S. als höchste Instanz bei den Wahlen. Ohne ihre Zustimmung darf sie keinen Kandidaten stimmen werden.

Der Parteitag fordert zum Schlus alle Genossen auf, in den polnischen Landesteilen und in der Emigration, in einer Straße Agitation für den polnischen Robotkrieg einzutreten. Auch diejenigen, die heute in den deutschen Wahlvereinen sind, soll man überzeugen, daß sie zur P. S. gehören und ihre Nation nicht unterstützen sollen.

Zu der Diskussion wendet sich Diamond scharf gegen diese Resolution. Besonders befürwortet er das Vorhaben, in den rheinischen und anderen Wahlbezirken Kandidaten der P. S. aufzustellen. Auch Haase wendet sich gegen die Resolution. Eine Anzahl Abstimmungsanträge zur Resolution liegt vor. Bis abends 6 Uhr ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Am zweiten Verhandlungstage soll die Stellung der P. S. zu den freien Gewerkschaften besprochen und darüber beschlossen werden.

## Gerichtszeitung.

### Schöffergericht.

#### Das Milchregulativ der Stadt Dresden

ist den Milchhändlern zu schwarz, weil es die Vollmilch I einer Mindestfettgehalts von 2,5 Proz. vorschreibt. Die Milchhändler sind vielmehr der Ansicht, daß die Milch in unverträglichem Zustande zu weilen die Fettgehalt gar nicht erreicht. Seitdem nun vor Kurzer Zeit das südländische Oberlandesgericht das Milchregulativ einer anderen Stadt für ungültig erklärt, halten sie die Milch frei für die Verpflegung des Dresdner Regulativs. In dieser Weise reichte auch der Milchhändler Lügel seine Verleibigung ein, der wegen Zwiderhandlung gegen das Dresdner Milchregulativ eine Strafverfügung über 8 M. erhielt und dagegen Einpräg erfuhr. Bei einer Revision wurde festgestellt, daß der Fettgehalt seiner Milch nur 2,38 Prozent beträgt. Schon einige Monate vorher wurde bei seiner Milch ein niedriger Fettgehalt festgestellt und er wurde deswegen verwarnt. Da T. an der Milch noch seiner unverträglichen Behauptung keine Veränderung vornehmen mu

Montag den 29. Dezember 1913

werben bei  
se am Verzug.  
ie öffentlichen  
en wichtigsten  
se des legten  
he Bedeutung  
im größten in  
sicherung,  
in Groß-  
eichen, und  
800 000 Pfund  
neuen Staats-  
gute kommen,  
allein bedarf,  
etwa 80 M.  
neun deut-  
auf Grund  
en wendet die  
sie, die bisher  
hafsten dien.

## Partei.

Dezember  
tag 1 Uhr  
hat sich  
gerichtet  
kauft sein wa-  
blassen. Bösen  
Leipzig. Wer-  
er ist Mitglied  
zu be-  
e - National-  
ste, recht ruhig  
als Aussicht  
und dem He-  
ttag folgende  
dischen Partie,  
zufrieden fest-  
der Ver-  
Der deut-  
schen Bu-  
das Leben  
impfung  
erung zu-  
ne ist ei-  
ung der Unter-  
icht der Aus-  
Sozialdem-  
oß und scha-  
te in den pol-  
niet ihr  
politischer  
erlauben.  
Rechte in te-  
die P. P. i  
die politische  
en, wie z. B.  
und Hörde.  
anderen Vo-  
lung bei den  
kandidaten ge-  
en auf, in den  
eine Krise  
soll man über-  
tion nicht ver-  
egen diese Re-  
den rheinische  
P. P. S. auf-  
Eine Anzahl  
ends 6 Uhr 19  
der P. P. E.  
er beschlossen

## Handel und Industrie.

## Deutschlands Kapitalmarkt.

Dr. Helfferich, der Direktor der Deutschen Bank, geht in der Vorrede zu einer neuen Auflage seiner Schrift "Deutschlands Wohlstand 1888—1912", die wir bei ihrem Erstgegenen besprochen haben, insbesondere auf die Gestaltung der Geld- und Kreditverhältnisse der letzten Zeit im. Die veröffentlichten zwei Jahre schwerer politischer Unruhen und Vorfälle, schreibt er, waren eine Art Feuerprobe. Als die Marokko-Krisis sich zuwirkt und als später die Balkan-Krisen sich zu einer internationalen Gefahr auszuwachsen drohten, konnten gewisse Fabrikanten öffentlicher Meinung im Auslande sich nicht genug tun mit den schwärzesten Schilderungen, welcher Zusammenbruch jetzt in Deutschland erfolgen müsse. Es galt als ausgemacht, dass unsere Scheinbar glänzende wirtschaftliche Entwicklung auf einer nachlosen Überzeugung des Kredits und auf dem Gelde des Auslands beruhe und dass eine ernsthafte Krise mit einer Entzettelung des Vertrauens und einer Zurückziehung der ausländischen Guthaben den inneren Stolz der deutschen Wirtschaft zum stäglichsten Einfluss bringen müsse. Da es ist heute noch im Auslande vielfach ausdrückbare Überzeugung, nur die Furcht vor einem solchen Zusammenbruch habe Deutschland vom Kriege um Marokko abhalten. Heute, nachdem die zweijährige politische Krisis zu den Geld- und Kreditverhältnissen aller europäischen Großmächte gerüttelt hat, können wir feststellen, dass Deutschland aus dieser Krisis unmindestens ebenso guter Versuchungsvorlage gegangen ist wie die anderen großen Länder. Deutschland hat in diesen Jahren die Auslandsgelder, deren Bedeutung so nachlos übertrieben worden ist, glatt zurückgezahlt. Die Reichsbank versucht freudig heute über einen um 500 Millionen Mark höheren Goldbestand als vor wenigen Jahren. Sie konnte im Oktober, in der Zeit des stürzenden Goldbestandes, als erste und bisher auch der Österreichisch-Ungarischen Bank einzige von allen großen Notenbanken ihren Diskonttag herabsetzen und im Dezember eine weitere Herabsetzung folgen lassen. Der Privatdiskont des Berliner Marktes ist seit vielen Wochen niedriger als in London.

Auch Dr. Helfferich beweist, dass die sonst so beliebte Rede von der Kapitalarmut Deutschlands längst zur Legende geworden ist. Allerdings geschieht das die Banken und die Großindustrie meist nur bei festlichen Gelegenheiten ein, wenn es sich um irgendeine sozialpolitische Maßnahme handelt, die irgendwelche Aufwendungen und seien sie noch so bescheiden, fordert, dann wird die alte verlogene Lüge von dem kapitalschwachen Deutschland und den ungenügenden Kapitalansammlungen heruntergeleiert. So oft wir die Entwicklung des Kapitalmarktes in den letzten Monaten behandeln, ist von uns im wesentlichen der Standpunkt Helfferichs eingenommen worden, dass der deutsche Geldmarkt die schwere Belastungsprobe, der er ausgefegt war, glänzend überstanden hat. Aber die Folgerungen, die sich daraus ergeben, will das Großkapital nicht konstatiert sehen. Die Gestaltung des Geldmarktes erbrachte nämlich den untrüglichen Beweis, dass in einer verhältnismäßig sehr kurzen Zeit aus Industrie, Handel und Landwirtschaft ungeheure Gewinne ergiebt und gesammelt wurden. Der Umsatz dieser Kapitalansammlung ist nicht nur vom Auslande, sondern vielfach auch von weiten Kreisen des Inlandes unterschlagen worden. Man kann sagen, dass die Profite des Kapitals in den letzten Wirtschaftsschichten in keinem Lande der Welt größer gewesen sind als in Deutschland. In einem argen Misverhältnis stand dazu die Entwicklung der Lohnverhältnisse; auch die überaus große Mehrzahl der kleinen Betriebe hat von dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg wenig profitiert; den Lohnanteil sicherte das kartellierte Großkapital.

## Börse.

Der Börsenwechsel nach den Weihnachtsfeiertagen stand im Zeichen der Unternehmungskunst. Angehoben des nahen Jahresabschlusses überwog ohnedies die Neigung zu Glattstellungen, ironie getinge Verkäufe bewirkten am Sonnabend, da jede Abreise kostete, Kursschläge. Als im weiteren Verlauf aus London größere Verkäufe von Aktien der Kanadabahn gemeldet wurden, machte sich auch an der Berliner Börse eine erneute Fluktuation des Kanada-Büros, gelangt, die zu der Abschwächung der Gesamtentwicklung beitragt. Der Privatdiskont wurde unverändert für kurzfristige Wechsel mit 4% und für langfristige Wechsel mit 4½ Prozent notiert.

## Weihnachtsgeschäft und Krise.

Die Krise der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich im Detailgeschäft fast fühlbar gemacht. Soweit bisher eine Übersicht möglich ist, klagen die Detailgeschäfte in allen Gegenden Deutschlands über den Absatz des Weihnachtsgeschäfts. Firmen, die auf Anfragen von Zeitungen unter Kenntnis ihres Namens über das Weihnachtsgeschäft äußerten, geben allerdings verschiedentlich günstiger lautende Darstellungen, denen indes Bestrafung aus nachliegenden Gründen nicht beigelegt werden kann. Sie glauben gegen die Grundzüge der Weißtanne zu verstehen, wenn sie einen schlechten Geschäftsgang öffentlich eingestehen wollen. Arbeitslosigkeit, Arbeitsverkürzung und Feierabend, heißt es in zahlreichen Berichten, hätten schon seit längerer Zeit den Verdienst der Menschen geschmälert. Immer wieder wird hervorgehoben, dass das Weihnachtsgeschäft durch die rückgängige Konjunktur und die Verkürzung des Lebensverhältnisses stark gesunken ist. Selbst dort, wo der Geschäftsgang bis nicht allzuviel verschlechtert, hört man, doch mehr als seit langen Jahren der Einkauf von Geschenkartikeln zurückgetreten ist. Geschäftskreise, die ihren eigenen Interessen zuwider sich für eine Politik des sozialpolitischen Stillstandes und Nichtschießen von dem Schafanordnung auslangen ließen, sollten auch aus dem Verlauf des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts lernen, dass ihr Wohlgehen von der Stärkung der Kaufkraft des großen Massen der Arbeiterschaft abhängig ist.

Die Reichsbank vor Jahreschluss. Nach dem Ausweis der Reichsbank für den 23. Dezember bestand eine Steuerfreiheit von 77,2 Millionen gegen 196,4 Millionen in der Vorwoche, das ist eine Verbleitung um 119,2 Millionen Mark. Im Vorjahr stellte sich die Verbleitung nur auf 100,9 Millionen, doch bestand am 22. Dezember 1912 eine Steuerpflicht von 404,1 Millionen Mark. Das Malibüro stand mit 1475,87 Millionen Mark um 440 Millionen Mark höher als im Vorjahr. Die Bedeutung des Rentenmarktaus durch Metall- und Geldscheine beträgt jetzt 75,2 gegen 51,8 in gleicher Zeit des Vorjahrs. Der Wechselbestand stellt sich 861,62 Millionen gegen 1637,52 Millionen im Vorjahr. Das Com-

paris wird in diesem Jahr mit rund 69 Millionen gegen 110 im Vorjahr ausgewiesen.

Ammonium als Zusatzstreuer. Der Kampf um den Ammoniummarkt gibt den Anlass zu einer neuen Fusion in der chemischen Industrie. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik hat den Umfang ihrer Ammoniumfabrikation erweitert, sie steht nun am Ammoniummarkt, wie wir schon berichtet haben, insbesondere auf die Deutsche Ammoniumvereinigung, die die Rosenthal- und Gosauhallen umfasst, zusammen. Jetzt will die Badische Anilin- und Soda-fabrik die Aktienmehrheit des Vereins der Chemischen Fabriken zu Zehn erwerben, während dieses Unternehmen zu den größten Abnehmern von Ammonium gehört. Der Verein der Chemischen Fabriken zu Zehn hat ein Grundkapital von 5 Millionen Mark, er fabriziert vornehmlich flüssiges Ammonium, hat jedoch eigene Fabriken und ist an mehreren anderen chemischen Fabriken beteiligt.

Die russische Milliardenkrise. Der Röhn. Ztg. zufolge haben die französische und die russische Regierung die Bedingungen der künftigen staatlich gewünschten Anleihe für den Ausbau des Eisenbahnnetzes und die wechselseitigen Verbindlichkeiten, die sie an diese Russie anschließen sollen, nunmehr vereinbart. Die Anleihe wird 2½ Milliarden Francs betragen und soll auf fünf aufeinander folgende Jahre in Abschüttungen von je 500 Millionen verteilt. Nach anderen Mitteilungen sollen außer den Anleihen von 2½ Milliarden Franken jährlich etwa 30 Millionen Rubel neuer Eisenbahnleihen in Russland, etwa 40 Millionen Rubel in Deutschland und 50 Millionen Rubel in England unterzubringen versucht werden. Ob diese Anleihemittel wirklich nur zu Eisenbahnzwecken verwendet werden sollen, wird man bezweifeln müssen.

Bon der Tätigkeit der australischen Staatsbank. Trotz erheblichen Widerstandes der Privatbanken ist es der Arbeitgeberpartei im vorigen Jahr gelungen, die Errichtung einer Staatsbank für Australien durchzuführen. Im Jahre 1913 hat nach der Berliner Morgenpost die australische Bundesbank ihre Tätigkeit begonnen. Sie betreibt das gewölbliche Kontogeld in vollem Umfang und hat Filialen in den einzelnen australischen Staaten wie auch in London errichtet. Ferner eröffnete sie zahlreiche Sparkassenfilialen, namentlich im Anschluss an die im Bau begriffene große Staatsbahn, auch jedes australische Schiff erhält eine Sparkassenfiliale.

## Soziales.

## Gehöre und Gewicht bei reichen und bei armen Schülern.

Über die Wachstumsunterschiede armer und wohlhabender Schulkinder liegt eine ganze Anzahl Untersuchungen vor. Eine der interessantesten ist die von Ries an Kindern der Berliner Gymnasien und Volksschulen vorgenommene, weil sie neben der Größe auch das Gewicht berücksichtigt und beides in Beziehung zueinander setzt. Es halten dennoch durchschnittlich

eine Größe ein Gewicht

Mitar.	Gymna- sial- schüler	Volk- schüler	Diffe- renz	Gymna- sial- schüler	Volk- schüler	Diffe- renz
	cm	cm	cm	kg	kg	kg
6	118,3	113,6	4,7	29,3	20,1	2,2
8	127,3	121,4	5,9	36,2	23,3	2,9
10	135,7	130,9	4,8	36,6	27,6	3,0
12	145,4	139,7	5,7	37,1	22,9	4,2
14	156,0	146,6	9,4	51,7	37,5	8,6

Die Unterschiede sind ganz enorm. Sie wachsen von 4,7 Zentimeter und 2,2 Kilogramm im ersten Schuljahr auf 9,4 Zentimeter und 8,6 Kilogramm im achten Jahre. Während der 14-jährige Gymnasiast 22 Pfund im Durchschnitt schwer ist, wiegt der gleichaltrige Volksschüler nur 75 Pfund. Auch wenn man das Brutto per Centimeter Größe feststellt, fällt die Rechnung ganz gewaltig zugunsten des höheren Schülers aus. Im Alter von sechs Jahren fanden bei den Gymnasiasten auf einen Zentimeter Rückenlänge 189 Gramm, beim Volksschüler nur 177 Gramm, im Alter von 14 Jahren betrugen die beiden Ziffern 318 und 256 Gramm, der Unterschied also 62 Gramm.

Aber auch in jeder anderen Weiselichen Beziehung sind die reichen Kinder den armen überlegen, wie Ries festgestellt hat, so in bezug auf Brustumfang, Ausdehnungsindex, Lungendicke, Körperkraft, Kopfumfang, Stirnhöhe, wahrscheinlich Hirngewicht. Aus den drei leitgenannten Faktoren ergibt sich aber neben der Körperlichen auch die geistige Überlegenheit. Aus den Untersuchungen Papethals ergibt sich, dass gute geistige Fähigkeiten häufig bei großen, selten bei kleinen und niemals bei kleinen Söhnen vorkommen. Die bei der Geburt vielleicht in eben so hoher Weise wie bei den reichen Kindern vorhandene Intelligenz der armen Kinder verschwindet offenbar mangelhafter Pflege und Erziehung des proletarischen Proletariats ergibt sich, dass gute geistige Fähigkeiten häufig bei großen, selten bei kleinen und niemals bei kleinen Söhnen vorkommen. Die bei der Geburt vielleicht in eben so hoher Weise wie bei den reichen Kindern vorhandene Intelligenz der armen Kinder verschwindet offenbar mangelhafter Pflege und Erziehung des Proletarienträgers. Unsere heutige widerumige Gesellschaftsordnung verleiht ja die Menschheit ununterbrochen eine Fülle der weitsinnigen Intelligenzen.

## Parteiangelegenheiten.

## Parteiprojekte.

Von der Bremer Straßammer wurde am Dienstag den 29. Dezember der Genossen Schwarz, Verantwortlicher der Bremer Bürgerzeitung, zu 1200 M. Geldstrafe verurteilt. Ein Oberleutnant führte sich durch einen Artikel beleidigt, der sein Verhalten bei der Fahrdienstzeit während des Radfahrzuges kritisiert hatte. Der Staatsanwalt batte sechs Wochen Schändnis beantragt.

Wegen Bekleidung eines Amtsvertreters war der Verantwortliche unseres örtlichen Parteiblattes von Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht verwies die eingeklagte Berufung, und die gegen das Urteil nunmehr angeklagte Revision wurde vom Oberlandesgericht auch als unbegründet zurückgewiesen.

## Ungefährliche Verbreitung eines Parteiblattes.

Das Landgericht Stuttgart hatte am 14. März fünf Angeklagte wegen Vergehen gegen das Polizeigesetz verurteilt, und zwar den Expedienten unseres Göppinger Parteiblattes Max Läser zu 881,56 M., den Expedienten der Stuttgarter Schwäbischen Tagwacht Schimmel zu 813,81 M., den Redakteur Herzig von der Göppinger Volkszeitung zu 747,38 M. und zwei weitere Münzengelasse wegen Nebentreten zu je 55,32 M. Die Redaktion der Göppinger Volkszeitung wird teilweise in Stuttgart besorgt, wo damals die Zeitung auch gedruckt wurde. Herzig, der Redakteur, nahm auf dem Rückweg mit der Bahn einen Teil der Rulage freiwillig ohne Bedenke. Entschädigung mit nach Göppingen, von wo aus der Verband der Zeitung an die Abonnenten erfolgte. Der Post in Göppingen war die Art des Zeitungstransports bekannt. Möglicherweise neuromatik Transport, handelte die Post die Art des Transports und erklärte darin eine Unterzeichnung des Postortes. Das Landgericht erkannte auf die genannte hohe Strafe.

Das Reichsgericht hat am Montag das Urteil gegen Läser, Schimmel und Herzig aufgehoben und die Angeklagten freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wurde angeführt, dass im vorliegenden Falle Stuttgart und Göppingen Erreichungsorte der Göppinger Volkszeitung waren. Es handelte sich also bei der Verförderung von Parteien von Stuttgart nach Göppingen nicht um postzwangsrechtliche Gegenstände. Dabei kommt nicht in Betracht, ob Herzig die Parteien unentbehrlich mitnahm.

## Dresdner Sehenswürdigkeiten.

Königliche Gemälde-Galerie (Zwinger). Dienstag, Donnerstag, Freitag 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei.

Mittwoch, Sonnabends 10 bis 3 Uhr 50 Pf., Montags 10 bis 2 Uhr 1,50 Mark.

Königliches Kupferstich-Kabinett (Zwinger). Dienstag, Freitag 10 bis 3 und 5 bis 7 Uhr, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend geschlossen.

Königlicher mathematisch-physischer Saloon (Zwinger). Montags, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag 9 bis 12 Uhr 50 Pf., Sonnabend sowie Sonn- und Feiertags geschlossen.

Königliches mineralogisch-geologisches und prähistorisches Museum (Zwinger). Montags, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 1 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 1 Uhr frei.

Königliches zoologisch-ethnographisches Museum (Zwinger). Sonn- und Feiertags, Montags, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 1 bis 3 Uhr frei.

Königliches Grünes Gewölbe (Königliches Residenzschloss part.). Montags 10 bis 1 Uhr, Führung von 1 bis 6 Personen 9 M., jede Person mehr 1,50 M. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Königliches Waffens-Schiff (Königliches Residenzschloss part.). Dienstag und Freitag von 10 bis 1 Uhr (nur für Studien frei).

Königliches historisches Museum (Mühlkammer) und Gewehrgalerie (Zohannaeum I.). Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Dienstag, Sonnabend 10 bis 1 Uhr, Führung von 1 bis 6 Personen 9 M., Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.

Königliches Porzellan- und Glas-Schämmung (Zohannaeum I.). Montags bis Freitag 10 bis 12 Uhr 50 Pf., Sonnabend 9 bis 2 1,50 M., Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.

Königliches Porzellan-Riebelage, Schloßstraße 36, geöffnet von früh bis spätabends 7 Uhr nachmittags.

Königliche Skulpturen-Sammlung im Albertinum und in der Frauenkirche 12, 1. (Fesel-Palais). Montags (außer Sonnabend) von 9 bis 3, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr frei.

Königlicher Botanischer Garten. Montags 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Sonn- und Feiertags 9 bis 1 Uhr Gewächshäuser (untergeteilt) täglich (außer Sonnabend) von 9 bis 12 Uhr, sonst gegen 20 Pf. Führungsgeld.

Königliches Kunstmuseum (Elisabethstraße 24). Dienstag außer Sonnabags von 9 bis 2 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 1 Uhr. Eintritt frei.

Sächsisches Kunstmuseum (Brühlsche Terrasse). Täglich geöffnet von 10 bis 5, Sonnabags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf., am letzten Sonntag des Monats 20 Pf.

E. Richter's Antikalien (Prager Straße). Täglich geöffnet.

Galerie Ernst Arnolds, Schloßstraße 34. Permanent Gemälde-Ausstellung.

Stadttheater (Neues Rathaus), geöffnet Sonnabags und Mittwoch von 5 bis 7 Uhr, Dienstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr.





